



WERK *und* WIR

HOESCH WERKE AKTIENGESELLSCHAFT

2

1975



**„Wir dürfen die Menschen um uns herum nicht als
Gegner sehen, sondern müssen sie
als Mitbürger, als Mitmenschen, als Mitarbeiter,
als Partner akzeptieren“**

Wir brauchen Objektivität und Fairness

INHALT

- 30 „Mit Objektivität und Fairneß“ –
Rede zur Jahreswende von Josef
Fischer
- 33 „Ein Jahr Energiekrise“ – Rede
von Dr. Karlheinz Bund
- 35 Erz aus Schweden
- 37 Fünzfimal „Mit der Kamera auf
du“
- 38 Hoesch liefert Spiralrohrwerk
nach Indien
- 38 Die Haubenglüherei im neuen
Kaltwalzwerk
- 41 Kunst an Hoesch-Wänden
- 42 Der kluge Mann schlägt vor
- 43 Die BKK Hoesch Dortmund muß
ihre Beiträge erhöhen
- 44 Erzaufbereitung bei Hoogovens:
Sintern und Pelletieren
- 46 Hoesch Scripelliti im Bild
- 50 Mit 18 volljährig
- 51 Brückenschlag beim Hoesch
Handel
- 52 Die Betriebsrenten sind abge-
sichert
- 53 Unsere Jubilare
- 54 Die Gesellschaften der Hoesch
Werke AG
- 55 Der Fotowettbewerb

Josef Fischer, der Vorsitzende unseres Vorstandes, hat gemeinsam mit seinen Kollegen in den letzten Tagen des Jahres 1974 die leitenden Mitarbeiter des Hoesch Kreises und die Mitglieder des Gesamtbetriebsrates zu einer Konferenztagung eingeladen. In seinem Vortrag, in dem er zunächst einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage und über die Entwicklung des Unternehmens gab, knüpfte er an seine Ausführungen vor einem Jahr an, die wir im Januar-Heft 1974 veröffentlichten. Er stellte dabei fest, daß nur wenig von dem „heilsamen Schock“ zu spüren sei, den die Ölkrise hätte auslösen können, daß wir vielmehr – gesellschaftlich und politisch – in eine „Atmosphäre der Konfrontation“ geraten seien, aus der es einen Ausweg nur auf der Grundlage des „Miteinanders und der Erkenntnis des Aufeinanderangewiesenseins“ gäbe. Erste Voraussetzung für dieses Miteinander seien „Objektivität und Fairneß“. Wir geben seinen Vortrag im Wortlaut wieder.

Wie im Vorjahr möchte ich mich auch diesmal bei dem Zusammentreffen am Jahresende darauf beschränken, über den Verlauf des zu Ende gehenden Jahres kurz zu berichten. Dabei möchte ich versuchen deutlich zu machen, in welcher Umwelt, vor welchem Hintergrunde sich das wirtschaftliche Geschehen in diesem Jahr 1974 abspielte.

Vor Jahresfrist konnten wir feststellen, daß das Jahr 1973 wesentlich freundlicher verlaufen war, als allgemein erwartet wurde. Die uns damals bedrückenden Öl- und Energieprobleme ließen uns aber dem Jahre 1974 mit Besorgnis entgegensetzen.

Wenn wir von der Situation unseres Unternehmens oder besser noch der Stahlindustrie insgesamt absehen, hat sich unsere damalige Skepsis vollauf bestätigt. Das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik hat sich merklich abgeschwächt. Die Sorgen, die schon damals über die Entwicklung des Inlandsmarktes, besonders

hinsichtlich der Beschäftigung einzelner Wirtschaftszweige bestanden, sind noch größer geworden. Ich denke an die Bauwirtschaft und die Automobilindustrie, aber auch an die Textilwirtschaft und Teilbereiche des Maschinenbaus sowie vor allem an die Investitionsgüterindustrie. Hauptstütze der konjunkturellen Entwicklung blieb der Export, der in manchen Wirtschaftszweigen, z. B. in der elektrotechnischen Industrie, einen schon bedenklichen Anteil am Umsatz der Unternehmen erreichte.

Vom Export hat auch die Stahlindustrie erheblich profitiert; der weltweite Stahlboom ließ den direkten Exportanteil der Stahlindustrie, der normalerweise zwischen 20 und 25% des Umsatzes liegt, auf etwa 40% ansteigen. Auf den Exportmärkten – und nicht nur bei Walzstahlerzeugnissen – ist nun aber in den letzten Monaten eine deutliche Abschwächung festzustellen.

Wichtigste Aufgabe: Arbeitsplätze sichern

Vorrang in der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat die Preisstabilität, die Bekämpfung der Inflation. Dies geht, wie von Tag zu Tag mehr zu spüren ist, zu Lasten der Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitslosen ist (Ende 1974, die Red.) auf rund 800 000 angestiegen; eine Zunahme in den Wintermonaten auf eine Million Arbeitslose wird nicht mehr ausgeschlossen. Das ist nicht nur eine nüchterne Zahl, sondern dahinter steht das Schicksal dieser Menschen mit ihren Familien. Wir alle sollten uns einmal bewußt sein, was es heißt, ohne Arbeit zu sein, die doch unser Leben erst sinnvoll macht. Wir sollten uns – jeder an seinem Platz – aufgerufen fühlen, die uns anvertrauten Arbeitsplätze zu sichern und Menschen, die das harte Los der Arbeitslosigkeit tragen müssen, mit großem menschlichen Verständnis zu begegnen.

In Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden, mit den politischen Parteien, der Bundesbank, den Wirtschaftsverbänden und natürlich auch den Gewerkschaften den rechten Mittelweg zur Erhaltung der Preisstabilität und der Vollbeschäftigung zu finden, ist die nahezu unlösbare Aufgabe, vor der die Bundesregierung steht. Bei den Bemühungen um die Lösung dieser Aufgaben müssen wir ihr jede Unterstützung geben.

Wenn wir diese Entwicklung betrachten, müssen wir sagen, daß wir in der Tat in das Jahr 1975 mit größerer Sorge hineingehen, als in das Jahr 1974. Es scheint mir ziemlich sicher, daß sich die Probleme, vor denen wir 1975 stehen, nicht so leicht lösen lassen wie die Probleme, die uns im Vorjahr die Ölpolitik der erdöl-exportierenden Länder in bezug auf Preis und Menge beschert haben. Damit ist allerdings vor allem ein weltweites monetäres Problem entstan-

Titelseite: Peter Müller und Heinz Winkels überwachen an der Hohenlimburger Mittelbandstraße die Ziehtemperatur der Brammen, die beim Walzen höchstlegierter Stähle besonders genau eingehalten werden muß

Rückseite: In der neuen Haubenglüherei des Kaltwalzwerkes 2 wird die beim Walzen eingetretene Kaltverfestigung durch „rekristallisierende Glühung“ beseitigt (siehe S. 38)

den, das wir nicht lösen konnten. Kein Problem verursacht so tiefgreifende und folgenschwere Auswirkungen auf Geld- und Warenströme, aber auch auf die Politik und die politischen Ideologien, wie sie bis dahin unbekannt waren. Ohne Zweifel ist das monetäre Problem das Kernproblem unserer Tage.

Ob die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zur Verbesserung der Investitionsbereitschaft kurzfristig zum Tragen kommen, bin ich nicht sicher. Das gilt auch für das erwartete Konjunkturstützungsprogramm, weil solche Programme erfahrungsgemäß einen entsprechenden Vorlauf brauchen, um sich auf Produktion und Beschäftigung auswirken zu können.

Die letzten Jahre haben uns gelehrt, daß uns das konjunkturpolitische Instrumentarium doch nicht – wie viele Nationalökonomten meinten – vor Krisen und Fehlentwicklungen zu bewahren vermag. Auch die jetzt geplanten Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur können nur zum Erfolg führen, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind:

Wenn die Unsicherheit, die wir überall bis zum Verbraucher hin spüren, überwunden wird; wenn vor allem wieder Vertrauen einkehrt in die Welt, in der wir leben.

Diese Feststellung treffe ich nicht aus einer pessimistischen Grundeinstellung. Ich bitte, sie vielmehr als einen Appell zu verstehen, daß jeder von uns mit Mut und Zuversicht an die vorliegenden Aufgaben herangeht. Das muß auch in unserem Auftreten und in Erörterungen über dieses komplexe Thema deutlich zum Ausdruck kommen – Zuversicht und Optimismus sollten uns begleiten.

1974 war ein zufriedenstellendes Jahr

Für unser Unternehmen verlief das Jahr 1974, wie für die Stahlindustrie in aller Welt, recht zufriedenstellend. Dies gilt auch für unsere Weiterverarbeitung trotz der bekannten Schwierigkeiten in Teilbereichen. Es gelang, die erheblichen Kostensteigerungen durch höhere Produktivität, vor allem aber durch verbesserte Erlöse, mehr als auszugleichen. Gleichwohl ist die erzielte Rentabilität unseres Eigenkapitals – und darauf haben wir in dem kürzlich veröffentlichten Quartalsbericht hingewiesen – hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben.

Der in den letzten beiden Monaten (November, Dezember 1974; d. Red.) spürbare Konjunkturrückgang auf dem Stahlmarkt wird das Ergebnis des vierten Quartals 1974 sicherlich spürbar beeinträchtigen.

Nachdem Sie durch die regelmäßige Quartalsberichterstattung über den Verlauf der ersten drei Quartale des Geschäftsjahres 1974 der ESTEL NV eingehend informiert worden sind, möchte ich Ihnen heute in groben Zügen aufzeigen, wie die Werke und Gesellschaften des Hoesch-Konzerns im Zeitraum von Januar bis Oktober 1974 zu dem insgesamt befriedigenden Ergebnis der ESTEL NV beigetragen haben.

Insgesamt verbesserte sich bei einer Umsatzsteigerung um 1,3 Mrd. DM das Rohergebnis der Hoesch

Werke AG in den ersten zehn Monaten des Jahres 1974 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 110 Mill. DM.

Zu dieser Ergebnisverbesserung haben hauptsächlich unsere zur Koordinationsgruppe Stahl gehörenden Hüttenwerke beigetragen, obwohl auch die anderen Koordinationsgruppen deutliche Umsatz- und Ertragsteigerungen verzeichnen konnten. Bei den Hüttenwerken Dortmund konnte der Gesamtumsatz um 864 Mill. DM erhöht werden, was einer Steigerung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 37% entspricht. Im Rohergebnis dieser Gesellschaft im Zeitraum Januar bis Oktober 1974 wirkte sich die gute Stahlkonjunktur nicht nur mengen-, sondern auch erlösmäßig besonders positiv aus.

Die der Koordinationsgruppe Verarbeitung angehörenden deutschen Werke konnten ihren Umsatz insgesamt um über 27% erhöhen. Ganz besonders erfreulich war hier der bisherige Geschäftsverlauf bei den Werksbereichen Röhrenwerke und Hohenlimburg-Schwerte. Die Ergebnisverbesserung bei beiden Werken ist ebenfalls gut. Auch unsere Tochtergesellschaft Dittmann & Neuhaus AG konnte bei starker Umsatzausweitung eine deutliche Verbesserung des Rohergebnisses erzielen. Besonders erwähnt werden soll hier ebenfalls noch der Werksbereich Rothe Erde-Schmiedag, der bei einer Umsatzsteigerung um 24% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sein Rohergebnis deutlich verbessern konnte. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als die genannten Verarbeitungsgesellschaften in starkem Maße mit der Automobilindustrie verbunden sind.

Die rückläufige Konjunktur dieser Branche wirkte sich bei Hoesch vor allem auf die Nachfrage nach Pkw-Federn in Hohenlimburg aus. Demgegenüber ist die Nachfrage nach Lkw-Federn, die insbesondere bei Dittmann & Neuhaus AG gefertigt werden, gestiegen.

Die schlechte konjunkturelle Situation im Bausektor führte im Werksbereich Siegerland zu rückläufigen Auftragseingängen bei der Produktgruppe Bauteile. Jedoch waren die Auftragseingänge im Oktober und November wieder erwarten gut, so daß sich die Aussichten für das 1. Quartal 1975 gegenüber den bisherigen Annahmen etwas verbessert haben. Aufgrund der geschilderten Schwierigkeiten fiel die Umsatzsteigerung bei Siegerland mit 14 % unterproportional aus, während das im Vorjahr schon gute Rohergebnis nur noch geringfügig verbessert werden konnte.

Eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung (47%) und auch eine deutliche Verbesserung des Rohergebnisses konnte auch der deutsche Teil der Koordinationsgruppe Handel erzielen.

Mit verhaltenem Optimismus ins neue Jahr

Noch ein kurzes Wort zur weiteren Entwicklung.

Schon mehrfach haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir den Rückgang am Stahlmarkt mehr als eine Normalisierung, als eine Atempause be-

trachten. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß mittel- und langfristig weltweit eine strukturelle Knappheit an Stahl bestehen dürfte.

Die Entwicklung in unseren Verarbeitungsgesellschaften wird, wie schon bisher, differenziert bleiben. Die Verhältnisse auf den Teilmärkten sind Ihnen hinreichend vertraut. Sie wissen, daß in der Automobilindustrie selbst überwiegend die Meinung vorherrscht, daß 1975 noch nicht mit einer grundlegenden Besserung der Absatzlage auf den Inlands- und Auslandsmärkten zu rechnen ist. Der Bauwirtschaft sollen die Stützungsprogramme der öffentlichen Hand in erster Linie zugute kommen. Wir wissen aber, daß solche Programme Zeit brauchen, um wirksam werden zu können. Der Bauproduktmarkt dürfte sich daher kaum vor Mitte nächsten Jahres beleben.

Der steigende Sparwille der Bevölkerung und die zunehmend kritischen Einkaufsgewohnheiten der Verbraucher lassen vom Konsum her wohl kaum allzu starke Impulse erwarten. Davon werden beispielsweise Teilbereiche der elektrotechnischen Industrie betroffen.

Alles in allem betrachtet müssen wir feststellen, daß die Entwicklung in nahezu allen Wirtschaftszweigen, die zu unseren Hauptabnehmergruppen zählen, mit recht verhaltenem Optimismus gesehen werden muß.

Diese Besorgnis ist um so mehr angebracht, als im kommenden Jahr mit erheblichen Steigerungen bei den Sach- und Personalkosten zu rechnen ist. Nachdem wir für 1974 Preissteigerungen für Erze von 25 bis 30% zu verkräften hatten, müssen wir für das nächste Jahr mit Preissteigerungen rechnen, die über 40% liegen werden. Das gleiche gilt, wenn auch mit Unterschieden, für Kohle, Koks, Energie und andere Rohstoffe.

Wie sich die gegenwärtig laufende Tarifrunde, die für die eisen- und metallverarbeitende Industrie noch nicht abgeschlossen ist, auswirken wird, wissen wir noch nicht. Der Tarifabschluß für die eisen- und stahlverarbeitende Industrie wird uns im nächsten Jahr in der Größenordnung von 200 Mill. DM zusätzlich belasten, das ist mehr als uns die Tarifierhöhungen 1974 gekostet haben.

Bei all diesen schon Tatsache gewordenen oder zu erwartenden Kostensteigerungen wissen wir bereits heute, daß wir auf der Erlösseite – und das erfahren Sie alle in Ihrer täglichen Arbeit – mit Erlösrückgängen rechnen müssen. Dieser Tatbestand wird sich hinsichtlich der Ertragslage noch potenzieren, weil wir befürchten müssen, daß in vielen Bereichen die Auslastung der Anlagen zurückgeht. Sie alle wissen aber, daß die „Spitzen tonnen“ das Geld bringen. Es wird also großer Anstrengung bedürfen, mit diesen vielfältigen Problemen so fertig zu werden, daß wir auch am Ende des Jahres 1975 mit dem Erreichten zufrieden sein können.

Wir können jedoch an die Arbeit mit Zuversicht herangehen, weil uns das befriedigende Ergebnis dieses Jahres 1974 erlaubt, die Eigenkapitalbasis und damit die innere Kraft des Unternehmens zu stärken. Da wir dieses Ergebnis durch unserer aller Arbeit geschaffen haben, soll das aber auch unser Selbstvertrauen und unsere

Selbstsicherheit stärken, daß wir mit der guten Mannschaft auch die Probleme im neuen Jahr meistern werden. Dazu werden auch die Maßnahmen der operationellen Planung beitragen, die vor dem Abschluß stehen. Sie werden uns Investitionen bringen, die unsere Produktionskraft absichern und stärken. Rückschauend wollen wir uns heute auch dankbar erinnern, daß uns mit der Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten, das Oxygenstahlwerk Phoenix vom LDAC auf LD-Stahl umzustellen mit einer gleichzeitigen Produktionserhöhung bis auf 400 000 t/a, eine große Sorge für die kommenden Jahre genommen ist.

Wenn ich nach weiteren besonderen Erfolgen umschaue, möchte ich auch hier noch einmal auf die Erfolge verweisen, die Hoesch-Handel, Hoesch-Röhrenwerke und Hoesch Maschinenfabrik Deutschland in gemeinsamer Arbeit mit dem Verkauf von Spiralrohrwerken in aller Welt erzielt haben.

Deutsche und Niederländer sind sich nähergekommen

Bei einem Jahresrückblick sollten wir jedoch nicht nur nach draußen schauen, sondern auch betrachten, was sich in unserem Unternehmensverbund getan hat. Ohne bestehende Probleme und Schwierigkeiten übersehen zu wollen, meine ich doch feststellen zu können, daß wir – Niederländer und Deutsche – uns wieder ein Stück nähergekommen sind. Das Vertrauensverhältnis, das im Hoesch-Kreis unsere Zusammenarbeit trägt, muß auch für ESTEL gelten, gerade auch bezüglich der großen und kleinen Sorgen, die es bei der fortschreitenden Integration gibt.

Sie alle müssen, ebenso wie der Vorstand Hoesch Werke und der gesamte Vorstand ESTEL, bei Ihren Mitarbeitern um Vertrauen für ESTEL werben. Damit sollen die Bemühungen vom ESTEL-Vorstand unterstützt werden, der darauf bedacht ist, durch Information und Kommunikation die Führungskräfte hüten und drüben näher zusammenzuführen, sie mehr und mehr zu einer Einheit werden zu lassen und an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Ich möchte Sie aufrufen, soweit Sie an diesen Tagungen teilnehmen, Ihre Meinung entschieden zu vertreten, wie das in der Vergangenheit auf den Konferenzen im Hoesch-Kreis der Fall war. Nur wenn Sie Ihre Vorstellungen im Rahmen solcher Tagungen und Veranstaltungen deutlich artikulieren, können wir erwarten, daß sie in der ESTEL-Politik ihren Niederschlag finden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang an die letzte ECV-Tagung erinnern. Hier stellte Herr Drs. Justman Jacob fest, daß sich die Holländer geradezu freuen, wenn sie Gelegenheit haben, in Anwesenheit des Vorstandes anstehende Probleme sehr kritisch zu behandeln. Wir in Deutschland ziehen es vor, Kritik in der Regel gegenüber dem Betroffenen nur unmittelbar und nicht in der Öffentlichkeit anzubringen. Ich möchte Sie ermuntern, künftig in großen wie in

kleinen Fragen mehr dem holländischen Beispiel zu folgen. Das erfordert allerdings ein gewisses Fingerspitzengefühl, aber das haben Sie alle ohne Ausnahme. Vergessen sollten wir aber nicht, die unterschiedliche Mentalität hüben und drüben in Rechnung zu stellen. Ich denke, daß die holländischen Freunde nicht anders denken.

In eine Atmosphäre der Konfrontation geraten

Ich sprach von Information und Kommunikation, von Führungsstil und vor allem von Objektivität und Fairneß, Begriffe, die erst alle zusammen die Qualität und Effektivität unserer Zusammenarbeit ausmachen und bestimmen. Diese Betrachtungsweise gilt nicht nur für unsere Zusammenarbeit und unser Zusammenleben im Betrieb, im Unternehmen, sondern gleichermaßen für unser staatsbürgerliches Verhältnis und Verhalten. Denn letztlich sind Ordnung und zwischenmenschliche Beziehungen im Betrieb wie im Unternehmen in vielfacher Hinsicht nur ein Spiegelbild unserer jeweiligen Gesellschaftsordnung, ein Spiegelbild unserer politischen Verhältnisse und Zustände. Denn der einzelne Mensch als Staatsbürger, als Mitarbeiter, als Mitmensch ist eine Einheit, eine Einheit mit Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensräumen, in denen er tätig wird.

Ausgelöst durch die sogenannte „Ölkrise“, die, was die mengenmäßige Versorgung angeht, keine war, trug ich Ihnen im Vorjahr einige allgemeine Gedanken vor (s. Heft 1/1974). Ich brachte zum Ausdruck, daß diese Entwicklung ein heilsamer Schock werden könnte, um zu Maßstäben und Vorstellungen zurückzufinden, die uns vom Wachstumsrausch frei machen und uns auf die höheren Werte besinnen lassen, auf die Grundwerte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ich wies damals hin auf die oft brachliegenden inneren Werte, auf die weite und tröstliche Welt des Geistes.

Über der Welt der harten Tatsachen haben wir – so meine ich – die geistigen Grundlagen in gefährlicher Weise vernachlässigt, obwohl sie eine der Quellen unserer Kraft sind. Lassen Sie mich heute ergänzend sagen: Diese Welt des Geistes ist auch eine der Quellen unserer politischen und wirtschaftlichen Kraft. Beide Bereiche wirken wechselseitig aufeinander ein.

Wenn wir heute Rückschau halten ist nur wenig von dem heilsamen Schock zu spüren. Das ist um so bedauerlicher, weil sich gezeigt hat, wie lebensbedrohend verletzlich unsere Welt ist. Allenfalls sprechen noch Staatsmänner, Wirtschaftler und Politiker davon, wie beispielsweise in diesen Tagen der amerikanische Außenminister Kissinger. Die Solidarität, politisch wie menschlich, die man sich gewünscht hätte und die zu wünschen gewesen wäre, ist durch diese Vorgänge nicht gestärkt worden. Im Gegenteil, wenn wir an die Europäische Gemeinschaft denken, ist manches an Zusammenhang und an Gemeinsamkeit abgebrockelt. Wir sind politisch wie gesellschaftlich in eine Atmosphäre der Konfrontation

geraten. Diese Atmosphäre der Konfrontation spüren wir bis in unser Unternehmen hinein, sie läßt letztlich auch unsere betrieblichen zwischenmenschlichen Beziehungen nicht unberührt.

Wie ich schon im Vorjahr sagte, sollten solche Begegnungen wie heute am Ende eines Jahres nicht nur eine Rückschau auf das Erreichte, auf Planungen und Erwartungen für die kommenden Jahre sein, sondern auch der kritischen Betrachtung dienen, wo wir als Staatsbürger stehen, als Angehörige eines Unternehmens, das über die nationalen Grenzen hinausreicht.

Als wichtigste Erkenntnis sollten wir sehr beherzigen, daß wir uns nicht und von niemanden in eine Konfrontation treiben lassen. Grundlage des Handelns und Verhaltens, in welchen Bereichen wir auch einander gegenüberstehen, muß das Miteinander sein und die Erkenntnis des Aufeinanderangewiesenseins. Wir dürfen die Menschen um uns herum nicht als Gegner sehen, sondern müssen sie als Mitbürger, als Mitmenschen, als Mitarbeiter, ganz allgemein als Partner akzeptieren. Wenn es schon im politischen Raum nicht gelungen ist, die nationalen und internationalen Gegensätzlichkeiten zu beseitigen, dann wäre es gut, ja unerlässlich, wenn wenigstens im Bereich der Wirtschaft und insbesondere in der Zusammenarbeit in den Betrieben zum allgemeinen Besten die Kooperation oberste Maxime bleibt. Diese Forderung nach Gemeinsamkeit darf freilich nicht von der einen Seite nur an die jeweils andere Seite gerichtet werden; sie darf also keine taktische Partnerschaft auf Zeit sein.

Ohne Toleranz keine Demokratie

Wenn ich von Konfrontation spreche, so meine ich dies vornehmlich im Hinblick auf unsere staatsbürgerlichen Beziehungen, im Verhältnis der Gruppen und Parteien zueinander. Ich bezweifle, ob ein solches Verhalten geeignet ist, gerade in schwierigen Zeiten mit den vielfältigen Problemen fertig zu werden. Aber auch bei sachlich unvermeidbarer Konfrontation sollte ein Mindestmaß an Kooperation bleiben. Glücklicherweise ist dies bei aller Härte der Verhandlungen und der sachlichen Interessengegensätze beispielsweise zwischen den Tarifpartnern der Fall; sie haben sich noch immer, wenn auch bisweilen leidvoll, zu Lösungen durchgerungen. Abkommen aber müssen wir – ich sage es mit Betonung –, und das gilt nicht nur für den politischen Raum, von der Verteufelung des jeweiligen Partners. Dazu gehört das Infra-gestellen des Unternehmertums und die Diskussion um Unternehmergewinn. Gewinn ist notwendig, wenn wir leistungsfähige Betriebe und damit sichere Arbeitsplätze erhalten wollen.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse festzustellen, daß die Kritik am Unternehmertum und am Unternehmergewinn still geworden ist, nachdem die wirtschaftspolitische Lage ernster wird. Mit scheint, das ist ein verheißungsvoller Anfang für eine realistischere Betrachtung der wirtschaftlichen Gegebenheiten und Abläufe, die Hoffnung für ein Miteinander läßt.

Wenn die Konfrontation, die Verteufelung des Gegners oder Partners fortschreitet, sind die Grundlagen unserer so teuer erkauften Demokratie ernstlich gefährdet. An Beispielen dafür fehlt es nicht.

Bei solchen Betrachtungen dürfen wir nicht außer acht lassen, unserer heranwachsenden Generation, die durch die Desillusionierung radikalen Gedankenguts orientierungslos geworden ist, Beispiel für Toleranz und Kooperation zu sein. Denn ebenso wie extremer Radikalismus unsere Demokratie gefährdet, so darf es uns nicht gleichgültig sein, daß unsere Jugend am gesellschaftspolitischen Geschehen vorbeigeht und etwa nur engeren Berufszielen nachstrebt.

Ohne Toleranz kann es keine echte Demokratie geben. Allerdings darf Toleranz nicht von denen beansprucht werden, die nicht selbst bereit sind, Toleranz ihrerseits zu üben. Dabei sind wir uns wohl alle darüber einig, daß echte demokratische Freiheit keine zügellose Freiheit ist, sondern eine Freiheit in Grenzen. Die Freiheit darf vor allem die Rechtsstaatlichkeit nicht in Frage stellen, die letztlich die Grundlage unseres geordneten Miteinanderlebens ist.

Das mag genug sein zu unseren Betrachtungen über unser staatsbürgerliches Verständnis und Verhältnis. Wir möchten dazu abschließend nur feststellen, daß diese Erkenntnisse auch auf unser Zusammenleben und unsere Zusammenarbeit in der Wirtschaft und in den Unternehmen übertragbar sind.

Wir alle gehören einem großen Unternehmen an. Im Verhältnis zum Staat sind wir zwar relativ klein, doch analog dem Verhältnis Bürger untereinander und miteinander zum Staat stehen wir vor dem Verhältnis unserer Mitarbeiter untereinander und miteinander zum Werk.

Von der Vermenschlichung der Arbeitswelt nicht nur reden

In unserem Unternehmen Hoesch gibt es Führungsgrundsätze. ESTEL hat eine Unternehmensphilosophie und eine Organisationsphilosophie entwickelt. Aber haben wir sie immer angewandt, verfahren wir danach und werden wir danach verfahren? Nicht die Grundsätze, nicht die Gebote sind und werden entscheidend sein, sondern ihre Beachtung, ihre Anwendung im Alltag. Unsere Mitarbeiter haben ein feines, ein sehr feines Gespür für Worte und Taten. Bemühen wir uns allzeit Taten sprechen zu lassen. Seien wird die Inkarnation unserer Bekenntnisse.

Weil wir unter ständigem Zeitdruck stehen, müssen wir eben von Zeit zu Zeit angestoßen werden, darüber nachzudenken, ob unser Verhältnis zueinander, zu unseren Mitarbeitern in Ordnung ist. Wir müssen Zeit finden, für die Kollegen und für die Mitarbeiter, auch für deren menschliche Probleme. Nicht umsonst habe ich Ihnen vor Jahresfrist gesagt, meine Tür stehe Ihnen offen. Ich freue mich, daß viele für ihre großen und kleinen Sorgen von diesem Anerbieten Gebrauch gemacht haben, daß meine Kollegen und ich oft haben

raten, haben helfen können.

Es hat wenig Sinn, wenn wir immer wieder, auch in unseren Schulungsveranstaltungen von Menschenwürde am Arbeitsplatz, von Humanisierung der Arbeit, von Lebensqualität nur sprechen. Wir müssen uns vielmehr ernsthaft bemühen, sie auch zu praktizieren. Reden ist gut, das Tun ist besser. Das Tun ist sogar unerlässlich. Ein bedrückter Mensch kann, gleich an welchem Platz, seine Funktion nicht in wünschenswerter Weise erfüllen. Die Wirkung zwischen Wohlbefinden am Arbeitsplatz und Leistung ist erwiesen. Hier ist ein Ansatzpunkt zur Vermenschlichung unserer Arbeitswelt, um die wir uns ernsthaft bemühen müssen.

Im wesentlichen geht es wohl darum, die menschliche Arbeitskraft sorgfältiger, gewissenhafter einzusetzen, dem arbeitenden Menschen also eine ihn ausfüllende und befriedigende Arbeit zu geben, die seine Fähigkeiten und Neigungen berücksichtigt.

Schnelle Erfolge und sichtbare Ergebnisse sind hierbei sicher nicht zu erwarten, aber es muß ein ständiges Bemühen bleiben. Große Fragen brauchen Zeit zum Reifen wie Früchte. Auf Dauer werden sich die Vorteile solcher Anstrengungen in Form höherer Arbeitsqualität, geringerer Fluktuation und größerer Arbeitszufriedenheit zeigen. Und all dieses Bemühen läßt sich unter die etwas saloppe, gleichwohl inhaltsschwere Formulierung stellen: seid nett zueinander.

Dabei habe ich eine sehr große Bitte an Sie alle: Lassen wir allen unsere besondere Aufmerksamkeit, das uns nachgesagte Verständnis und die uns auferlegte Fürsorge zuteil werden, die sie vor allem benötigen – wie unsere jungen und jüngeren Mitarbeiter – lassen wir sie im menschlichen und fachlichen Bereich mit Güte betreuen. Das sollte eine Devise sein für das neue Jahr.

Auch in unserem Hause wird dieses Bemühen sichtbar, wenn Sie z. B. an die gleitende Arbeitszeit oder an die Einrichtung unserer Abteilung Ergonomie und die Bildung verschiedener mit dieser Thematik befaßter Arbeitskreise denken. Dabei ist es im Unternehmensbereich unerlässlich, zwischen den Forderungen nach Humanisierung der Arbeitswelt einerseits und dem betrieblichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten andererseits einen tragbaren Kompromiß zu finden. Sie alle aber sind aufgerufen, sich dieser Frage mit dem erforderlichen persönlichen Engagement anzunehmen.

Wir alle tragen große Verantwortung und sind verpflichtet zur Menschlichkeit, auch in unserem unternehmerischen Tun. Ob Management ein nüchternes, ja kaltes Ordnungs- und Führungsprinzip ist, hängt von den Menschen ab, die das Management bilden. Es kann, und wir sollten sagen, es muß ein Ordnungs- und Führungsprinzip geben, hinter dem das Bekenntnis zur Menschenwürde, zur Humanisierung der Arbeit und zur Lebensqualität steht.

Wir sind hier zu vollem Recht zusammen, die leitenden Herren unserer Gesellschaften und die Herren des Gesamtbetriebsrates. Daher sollten wir hier und heute wohl auch ein

Wort zu unser beiderseitigem Verhältnis sagen. Die Beziehungen Anteilseigner/Arbeitnehmer stehen bei uns im Zeichen der Mitbestimmung, sie müssen in ganz besonderem Maße vom partnerschaftlichen Geist bestimmt sein.

Im Zeichen der Mitbestimmung – im Zeichen der Partnerschaft

Ich glaube, ich darf mit Ihrer aller Zustimmung sagen, daß bei Hoesch die Mitbestimmung über die langen Jahre hin in gutem Geiste praktiziert worden ist. Gerade an der Mitbestimmung zeigt sich, daß wir nur mit der Kooperation weiterkommen, daß uns die Konfrontation nicht zur Lösung der Probleme hilft, die wir miteinander lösen müssen. Und gerade hier haben zwei Begriffe, die ich oben nannte, ihre besondere Bedeutung: Objektivität und Fairneß.

Mit Objektivität auf beiden Seiten müssen wir die sachlichen Probleme angehen. Fairneß muß das oberste Prinzip unserer Zusammenarbeit sein, wie es in der Vergangenheit war. Dann werden wir auch über kritische Situationen und Entwicklungen hinwegkommen, vor denen wir möglicherweise schon morgen stehen. Vertrauen tut not, nicht die Kontrolle ist erfolgreich. Diese Einstellung und diese Haltung wird auch unser Verhältnis bei ESTEL bestimmen.

Es wird sich zeigen, wie sehr wir Objektivität und Fairneß brauchen, um die vielfältigen Aufgaben zu lösen, die uns als Wirtschaftsunternehmen nach Außen wie Innen gestellt sind. Es ist ein großer Katalog: Kosten und Preise, Unternehmensstruktur und Mitbestimmung, Lohn und Vermögensbildung, Umweltschutz, Verkürzung der Arbeitszeit und Freizeit. Nicht zuletzt sind es die Fragen der Bildungs- und Ausbildungspolitik.

Nach außen sind die Sorgen unseres Unternehmens nicht geringer: die Fragen des gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft, die Fragen der Energiepolitik, Fragen des weltweiten Exportes. All diese Fragen werden sich zum Nutzen aller nur lösen lassen, wenn jeder in seinem Bereich und unter Nutzung seiner Wirkungsmöglichkeiten alles tut, das Gemeinschaftsbewußtsein zu kräftigen.

Das kommende Jahr wird nicht leicht werden. Trotzdem meine ich, sollten wir mit frohem Optimismus an die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben herangehen; ich bin sicher, daß wir gemeinsam die Schwierigkeiten meistern werden.

Doch möchte ich Ihnen im Hinblick auf die auf uns alle zukommenden Anstrengungen und Belastungen – wie im Vorjahr – eine ernste und dringende Empfehlung mit auf den Weg geben: Vergessen Sie nicht, trotz aller dienstlichen Inanspruchnahme und der Hektik der täglichen Arbeit, an Ihre Gesundheit zu denken. Ich empfehle aber auch mit Nachdruck, daß Sie sich – soviel es nur geht – mit Liebe und Umsicht Ihren Familien widmen. Die Familie ist die Kraftquelle für unser Schaffen. Sie ist der ruhende Pol in der Hektik des Alltags. Hier sind Sie Mensch, hier dürfen Sie es immer sein.

Ein Jahr Energiekrise

Die gegenwärtige und künftige Problematik der Energieversorgung nach einem Jahr Energiekrise ist Thema des Vortrages, den Dr.-Ing. Dr.rer.pol. Karlheinz Bund, der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, als Gast der Konzerntagung Hoesch um die Jahreswende hielt. Er ergänzte damit – um die Erfahrungen eines Jahres reicher – seine Ausführungen vom Dezember 1973, als er an gleicher Stelle vor dem gleichen Zuhörerkreis zum gleichen Thema sprach (s. Heft 2/1974).

Mein Vortrag vor Ihnen Ende 1973 stand unter dem frischen Eindruck des vierten Nahost-Krieges und der sich abzeichnenden Energiekrise. Nichts liegt also näher, als meine Rede auf der heutigen Konzerntagung unter das Thema: „Ein Jahr Energiekrise“ zu stellen.

Die energiewirtschaftliche Lage Ende 1973

Im Dezember 1973 beherrschten folgende Ereignisse die Entwicklung auf dem Welt-Ölmarkt und die energiewirtschaftliche Szene in der Bundesrepublik:

- Eine Kürzung der Ölförderung der arabischen Länder um 25% der im September 1973 geförderten Menge, die zu sichtbarem Rohöl-Mangel in vielen europäischen und außereuropäischen Ländern führte, sowie ein ÖL-lieferboykott gegen die USA und die Niederlande.
- Die Ankündigung erneuter drastischer Anhebungen des Rohölpreises zum 1. Januar 1974, die zu einer Verdreifachung des Standes vor dem vierten Nahost-Krieg führen sollten, nachdem bereits unmittelbar nach Ausbruch des Konflikts im Oktober 1973 die „posted prices“ erheblich heraufgesetzt waren. Entsprechende Preissteigerungen bei allem Öl-erzeugnissen folgten.
- Eine Engpaßsituation in der Bundesrepublik beim schweren Heizöl, die durch die Substitution von Heizöl durch Koks im Hochofenprozeß und entsprechendem Mehreinsatz von Kohle und Koks in anderen industriellen Bereichen gemeistert werden konnte.
- Erhebliche Verknappungstendenzen beim leichten Heizöl und anderen Ölprodukten, die durch Hortungskäufe noch verstärkt wurden.
- Fahrverbote, erlassen im Rahmen des Energiesicherungsgesetzes, das damals sehr zügig verabschiedet wurde und jetzt für fünf Jahre verlängert werden soll. Das Gesetz ermöglicht außerdem die Einführung von anderen administra-

tiven Verbrauchsbeschränkungen und Höchstpreisen.

- Eine rasche Fortsetzung des Haldenabbaus beim deutschen Steinkohlenbergbau, der schon im Oktober 1973 eingesetzt hatte. Bis Ende 1973 waren bereits knapp 4 Mill. t Steinkohlen und Steinkohlenkoks außerhalb der laufenden Förderung verkauft.

Aus der damals gegebenen Situation habe ich auf der letzten Konzerntagung auf folgende erkennbare Tendenzen hingewiesen:

- Die Periode der billigen und problemlosen Importenergieversorgung ist vorbei. Der vierte Nahost-Krieg, der häufig als überraschend aufgetretener Wendepunkt auf dem Weltenergiemarkt eingestuft wird, hat nur seit langem vorliegende Bestrebungen beschleunigt und zugespitzt, die durchaus ökonomische und damit dauerhaft geltende Gründe haben. Dazu gehört das Ziel der Ölförderstaaten, ihre Vorräte zu strecken. Zur Erreichung dieses Ziels entschieden sie, die „posted prices“ für Rohöl so drastisch auf ein Niveau anzuheben, das eine weltweit verstärkte Entwicklung der Konkurrenzenergien ermöglicht.
- Die Mehraufwendungen für die Ölimporte der Bundesrepublik in einem Jahr werden den Umfang aller bisherigen Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau seit Beginn der Kohlenkrise 1957 bei weitem überschreiten. Im Gegensatz zu den öffentlichen Hilfen im Bereich des Steinkohlenbergbaus bringt dieser die Volkswirtschaft stark belastende Mehraufwand für Öl jedoch kein höheres Maß an Sicherheit für die deutsche Energieversorgung.
- Insbesondere die Kokskohlenpreise auf dem Weltkohlenmarkt werden steil ansteigen und die Listenpreise des deutschen Steinkohlenbergbaus überschreiten. Daraus ergibt sich ein Wettbewerbsvorteil der deutschen Stahlindustrie über den bei der Gründung der Ruhrkohle AG abgeschlossenen Hüttenvertrag.

Ich habe aber auch auf Ihrer letzten Konzerntagung über die Bemühungen des deutschen Steinkohlenbergbaus berichtet, der Herausforderung der Energiekrise zu begegnen, insbesondere über weitere verstärkte Anstrengungen zur

- Modernisierung der Anlagen,
- Konsolidierung der Ruhrkohle AG und
- Intensivierung der Forschung, insbesondere auf dem Gebiet der Kohleveredelung und neuen Technologien.

Dabei wurde der Bergbau teilweise auch gestärkt durch ein sich wandelndes „Kohlebild“ in der öffentlichen Meinung. Gerade die im Zusammenhang mit dem vierten Nahost-Krieg eingetretenen Ereignisse hatten auch die Beurteilungsmaßstäbe für unsere Kohle entscheidend verändert.

Erfahrungen und Konsequenzen aus der Energiekrise

Was bringt nun der Rückblick auf das erste Jahr der Energiekrise, welche Entwicklungstendenzen haben sich gezeigt und vor allem welche Konsequenzen wurden weltweit und in der Bundesrepublik aus diesem Ereignis gezogen?

Zunächst hat sich im Jahr 1974 die Position der in der OPEC zusammengeschlossenen Ölförderstaaten weiter stabilisiert. Die OPEC-Konferenzen von Quito im Juni, Wien im September und nochmals im Dezember 1974 sowie das Oktober-Treffen der arabischen Staaten in Abu Dhabi führten zu Erhöhungen der Regierungseinnahmen und damit zu weiteren Mehrkosten für das Rohöl. Auch das im zweiten Halbjahr 1974 einsetzende Überangebot an Rohöl konnte – entgegen allen volkswirtschaftlichen Lehren – das Kartell der OPEC-Länder, die über die größten und kostengünstigsten Ölvorräte der Erde verfügen, nicht bedrohen. Das Preisdiktat der OPEC blieb ungebrochen.

Die Industrienationen und supranationale Organisationen bemühten sich 1974 intensiv um Pläne und Instrumentarien zur Behebung der Auswirkungen der Energie- und Ölkrise.

Das Ziel der USA, die großen Verbrauchernationen unter ihrer Führung auf eine einheitliche Ölpolitik unter anderem auf dem „Fünfer-treffen“ in Washington Ende September 1974 festzulegen, konnte nur teilweise erreicht werden. Insbesondere scheiterte die von den USA an-

gestrebte gemeinsame Front gegen die Ölländer, um Preissenkungen für Öl zu erzwingen.

Dagegen gelang es, ein „Internationales Energieprogramm“ (IEP) zu erstellen, das Krisenregelungen zur Bewältigung von Ölboykottmaßnahmen enthält, die im Ergebnis dazu führen sollen, daß ein Ölausfall von den Ländern in gleicher Weise getragen wird. Zur Durchführung dieses Programms soll eine internationale Energieagentur als selbständige Einheit im Rahmen der OECD errichtet werden.

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten als Großmacht praktisch seit Ende der fünfziger Jahre eine nationale Energiepolitik mit einer Förderung des inländischen Öls aus Sicherheitsgründen betrieben. Die Energiekrise verstärkte diese Bemühungen. Das bereits von Präsident Nixon konzipierte „Projekt Unabhängigkeit“ ist von Präsident Ford in modifizierter Form verkündet worden. Es sieht unter anderem eine Reduzierung der im Vergleich zu europäischen Verhältnissen wesentlich niedrigeren Abhängigkeit der USA vom Importöl und eine bessere Ausnutzung der einheimischen Energieträger vor. Insbesondere soll auch die amerikanische Kohlenförderung von rund 550 Mill. t auf über 1 Mrd. t gegen Ende dieses Jahrzehnts gesteigert werden.

Auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat aus der Entwicklung auf dem Weltenergiemarkt Konsequenzen gezogen. Ihre neue Energiestrategie mißt dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit stärker, als in der Vergangenheit geschehen, Gewicht bei und will den Grad der Einfuhrabhängigkeit bei der Energieversorgung – vor allem beim Erdöl – möglichst weitgehend vermindern. Die Kommission empfiehlt den Ausbau der Kernenergie, sieht aber auch die Schwierigkeiten und Grenzen, die einer forcierten Entwicklung dieses Energieträgers entgegenstehen. Aus diesem Grund fordert sie die Regierungen auf, den festen Brennstoffen, insbesondere der Steinkohle, einen wichtigen Platz in der künftigen Energieversorgungsstruktur zuzuerkennen. Die Kommission hält ein Förderniveau von 250 Mill. t SKE Steinkohlen in der Gemeinschaft 1985 für erforderlich, was bedeuten würde, daß man in den leistungsstarken Revieren in der Bundesrepublik und Großbritannien die Förderung wieder anhebt, um den Förderrückgang anderer Reviere auszugleichen.

Die Bundesregierung hat auf die Ölkrise mit einer Ersten Fortschreibung des Energieprogramms aus dem Jahr 1973 reagiert. Dabei wurde die ursprüngliche Orientierungszahl für den deutschen Steinkohlenbergbau im Jahr 1978 von 83 Mill. t nach oben korrigiert. Die Bundesregierung hält es nunmehr „für richtig, sich gegenwärtig für das Jahr 1980 auf eine Förderkapazität von 94 Mill. t einzustellen“. Das bedeutet keine weitere Schrumpfung, sondern eine Stabilisierung unserer Steinkohlenförderung in der derzeitigen Größenordnung. Neben der Krisenvorsorge und der Bildung einer leistungsfähigen deutschen Mineralölgruppe sieht die Erste Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vor, eine Steinkohlenreserve von rund

10 Mill. t zu bilden, die bei den Unternehmen liegen und mit öffentlichen Mitteln finanziert werden soll. Die Kohlenreserve ist ein sehr wesentliches Instrument, denn es hat sich wiederum seit dem Oktober 1973 bestätigt, daß Bestände (Halden), die in der Vergangenheit Gegenstand von Sorgen und auch Kritik waren, eine sehr gute Pufferfunktion bei einer angespannten Energieversorgung ausüben können.

Zwischenbilanz der derzeitigen Lage

In unserer Zwischenbilanz zur heutigen energiewirtschaftlichen Situation ist folgendes festzustellen: Ein Jahr nach Beginn der Ölkrise, die letztlich durch eine einfache Willensentscheidung der Erdölproduzenten ausgelöst wurde, ihre Ölpreise drastisch anzuheben, um ihre Reserven zu schonen und eine längere Lebensdauer dieser Vorräte sicherzustellen, sind insbesondere zwei Tatbestände von herausragender Bedeutung:

- Die Verbraucher gehen heute mit Energie viel sparsamer um. So ist zum Beispiel das Ziel der OPEC, über eine Politik hoher Preise „dem verschwenderischen Umgang mit Ölprodukten vor allem im Verkehrssektor und im Bereich des Hausbrands Grenzen zu ziehen“ erreicht worden; in der Bundesrepublik 1974 sogar ohne wesentliche staatliche Regelungen und Auflagen.
- Als nahezu einzige und unmittelbar verfügbare Alternative zum Mineralöl hat sich die Steinkohle erwiesen. Da nach den Vorstellungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und der Bundesregierung innerhalb des Programms der festen Brennstoffe auch mehr Steinkohle aus Dritten Ländern importiert werden soll, hat sich die Ruhrkohle AG durch ihr Engagement in den USA (Übernahme der Appalachian Resources Company gemeinsam mit der Hugo Stinnes AG) darauf eingestellt. Bei steigender Nachfrage nach Steinkohle in aller Welt kann sie so die eigene Geschäftsbasis ergänzen und darüber hinaus Ansatzpunkte für die Erweiterung der Versorgungsgrundlage bilden.

Weltwirtschaftlich gesehen beschleunigte der beispiellose Auftrieb der Ölpreise die Inflation in vielen Industrienationen. Der Preisanstieg in der Versorgung mit importiertem Öl führte bei vielen Verbraucherländern zu einer tiefgreifenden und abrupten Verschlechterung der „terms of trade“ mit überaus negativen Auswirkungen auf ihre Leistungsbilanzen.

Auf der anderen Seite erhöhten sich die Überschüsse der Ölförderstaaten 1974 allein um rund 60 Mrd. \$ und werden weiter steigen. Nach einer Studie der Weltbank sollen die OPEC-Länder bis 1980 kumulierte Währungsreserven von 650 Mrd. \$ angehäuft haben, bis 1985 sollen die Finanzreserven der Ölländer sogar 1,2 Bill. \$ erreichen, was mehr als dem zehnfachen Buchwert aller US-Investitionen im Ausland entspräche.

Die Mehrbelastungen aus der Ver-

teuerung des Öls werden den Lebensstandard, das Wachstum und die Beschäftigung in vielen Verbraucherländern ernsthaft beeinträchtigen. Ihre Devisenreserven werden rasch aufgezehrt werden, ihr handelspolitischer Spielraum wird sich verengen, Einfuhrbeschränkungen und andere, die Außenhandelsströme verändernde und verzerrende Maßnahmen sind bereits erfolgt und weiterhin denkbar. Auch das internationale Währungssystem, das bereits seit langem reformbedürftig war, wird durch diese Entwicklung zusätzlich bedroht.

Auch die Bundesrepublik wird durch außerordentliche Mehraufwendungen für ihre Ölimporte belastet. Wenn ich vor einem Jahr hier erklärt habe, daß die der deutschen Volkswirtschaft erwachsenden Mehrkosten für Ölimporte innerhalb eines Jahres höher seien als sämtliche Hilfen der öffentlichen Hand für den deutschen Steinkohlenbergbau überhaupt, so hat sich dies bestätigt: Die finanziellen Hilfen der öffentlichen Hand für den Kohlenbergbau haben insgesamt 9,6 Mrd. DM betragen. Bereits in den ersten 9 Monaten 1974 haben wir bei einem durchschnittlichen Grenzübergangswert für Rohöl in Höhe von 222,- DM/t knapp 15 Mrd. DM mehr für Öl- und Ölproduktenimporte an Devisen erbringen müssen als im Vorjahr – trotz gegenüber 1973 rückläufigen Einfuhrmengen.

Die Mehraufwendungen für das gesamte Jahr 1974 werden rd. 20 Mrd. DM betragen und damit innerhalb eines Jahres mehr als doppelt so hoch sein wie die „Kohlensubventionen“ seit Beginn der Kohlenkrise 1957.

Wenn die Situation der Bundesrepublik dennoch vergleichsweise günstig ist, dann wegen der hohen Devisenbestände und der starken Exportkraft. Ein Weiterbestehen dieser Lage setzt jedoch längerfristig einen funktionierenden Welthandel und gesunde Handelspartner voraus. Jede Abschwächung des Welthandels würde die Bundesrepublik wegen ihrer großen Ausfuhrabhängigkeit jedoch überproportional treffen.

Künftige Entwicklungstendenzen

Die wichtigsten Tendenzen des Jahres 1974 werden – soweit es insbesondere das Energiepreisniveau und die Marktverhältnisse betrifft – langfristig wirksam bleiben. Deshalb wird das künftige Wachstum unseres Energieverbrauchs heute geringer veranschlagt als vor dem Nahost-Krieg. Die Bundesregierung schätzt den Energieverbrauch im Jahre 1980 auf 475 Mill. t SKE, im Jahre 1985 auf 555 Mill. t SKE. Das sind 7%/9% weniger als 1973 vor der Ölkrise angesetzt wurde. Dennoch zeigen diese Zahlen ein weiteres Wachstum bis 1980 um etwa 100 Mill. t SKE – das entspricht einer knappen Jahresförderung des deutschen Steinkohlenbergbaus – und bis 1985 um etwa 175 Mill. t SKE gegenüber 1973.

Für die Reduzierung des Energieverbrauchs zuwachsen in den Prognosen ist zwar jetzt auch ein pessimistischer eingeschätztes Wirtschaftswachstum maßgebend, insbesondere wurde aber mit einer spar-

sameren und rationelleren Energieverwendung gerechnet.

Öl nicht mehr Motor des Wirtschaftswachstums

Der künftige Ölverbrauch wird einerseits durch die Entwicklung auf dem Weltölmarkt, andererseits durch die Auswirkungen der Explosion der Ölpreise bestimmt. Auf dem Weltölmarkt wird mitbestimmend sein, ob es der OPEC wie beabsichtigt gelingt, eine funktionsfähige Förderregulierung durchzusetzen, die zu einem Abbau der weltweiten Überschüsse führt. Das derzeitige Ölüberangebot ist unter anderem durch eine verstärkte Lagerhaltung der Ölgesellschaften ohne Preisbrüche aufgefangen worden. Hier ist also mit Unsicherheiten zu rechnen.

Hinsichtlich der Preise hat die Entwicklung 1974 gezeigt, daß die Ölländer nicht gewillt sind, durch eine Senkung ihrer Regierungseinnahmen die Ölkosten für die Verbraucherländer zu verringern. Viele Tendenzen deuten auch künftig auf eine gegenläufige Politik hin. Die hohen Ölpreise werden auch weiterhin verbrauchs-hemmend wirken. 1974 ist der Ölverbrauch in der Bundesrepublik absolut und relativ gesunken. Der Beitrag des Öls zum Primärenergieverbrauch betrug in diesem Jahr 190 Mill. t SKE (52%) gegenüber 209 Mill. t SKE (55%) im Jahr 1973.

Künftig wird der absolute Ölverbrauch sicherlich wieder ansteigen, jedoch ist mit einer weiteren rückläufigen Entwicklung des Anteils dieses Energieträgers am Primärenergieverbrauch zu rechnen. Im Gegensatz zu den sechziger Jahren ist Öl nicht mehr der Motor des wirtschaftlichen Wachstums.

Diese Tendenz wird durch die Auswirkungen der hohen Ölpreise auf Leistungsbilanzen, Weltwährungssystem, Welthandel und die internationalen Finanzmärkte verstärkt werden. Gerade in den letzten Wochen sind wieder neue Maßnahmen zur Reduzierung des Ölverbrauchs in den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern angekündigt beziehungsweise bereits in Kraft gesetzt worden. Der deutsche Verbraucher mißt die Marktsituation beim Öl an der akuten Verfügbarkeit. Der reibungslose Benzinverkauf an Tankstellen und das Überangebot beim leichten Heizöl lassen jedoch allzu leicht vergessen, daß angesichts des schwelenden Konflikts im Nahost-Raum jederzeit wieder Lieferbeschränkungen oder Boykotts möglich sind.

Dennoch wird Öl bis Mitte der achtziger Jahre wichtigster Energieträger bleiben, allerdings bei rückläufigem Anteil, der nach der Ersten Fortschreibung des Energieprogramms auf 44% des Primärenergieverbrauchs sinken wird.

Erdgasexpansion mit wachsenden Risiken

Der Erdgasverbrauch verzeichnete in der Bundesrepublik in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten. Dies wird bis Anfang der achtziger Jahre so bleiben, wobei sich aller-



Erz
aus
Skandinavien



▲ Die Erzbahn zwischen Kiruna und Narvik

Zu Besuch in Narvik, Kiruna und Malmberget

Erz für die Hochöfen bezieht Hoesch aus aller Welt. Dreißig Prozent aller Erze kamen im Vorjahr aus Schweden. Nach Narvik in Norwegen, wo das Schweden-erz zum größten Teil verschifft wird, fuhr Wilhelm Henkelmann im Mai 1974.

Der Obermeister der Erzversorgung unseres Werkes Phoenix war auf einem Skandinavien-Urlaub mit Frau und Freunden im Wohnwagen unterwegs. Für die Hafenbesichtigung Narvik plante er einen Tag ein. Über das norwegische Fjäll, entlang dem Rombakkenfjord rollten Wagen und Wohnwagen in die Hafenstadt mit ihrem weiten Blick über den Fjord, bis zu den schneebedeckten Berggipfeln am Horizont. Obwohl nördlich des Polarkreises, ist der Hafen das ganze Jahr eisfrei.

Als Henkelmanns Wagen vor der Hafenverwaltung hielt, war das Ziel erreicht. Der Hauptanteil des Eisenerzes aus dem schwedischen Lappland wird von Narvik aus verschifft, und die schwedische Erzgesellschaft LKAB mit Hauptsitz in Stockholm – und zwei Gruben-

verwaltungen in Kiruna und Malmberget – hat hier ihre Hafenverwaltung. Der Hoesch-Mann hatte Grüße an Dr. Wengler auszurichten, der hier Leiter der Erzkontrolle ist – ein Deutscher, der nach dem Kriege nach Narvik kam und blieb. Er vermittelte eine Führung durch die Hafenanlagen, die sein Stellvertreter, Christensen übernahm. Er fuhr mit dem Wagen voran, die Deutschen hinterher – bis zur Entladestation.

Hier kommen täglich bis zu dreißig Erzzüge an, Züge mit 65 Waggonen, die je 42 Tonnen oder mit 50 Waggonen, die je 80 Tonnen fassen. Das Erz wird automatisch und umweltfreundlich entladen. Die Waggonlücken öffnen und schließen sich selbsttätig. Gebläse saugen den Staub ab, alles ist eingebaut und nahezu schalldicht. Das Erz fällt auf Rüttler, so daß größere Klumpen zerfallen, und rollt zentralgesteuert, getrennt nach Sorten, zum Hauptlager. Der große Komplex, nahe am Wasser, zieht sich über 800 Meter hin. Hier lagern zwei Millionen Tonnen Erz. Auf der anderen Seite der Entlade-

▲ Obermeister Henkelmann überzeugt sich: An jedem Tag kommen bis zu 120 000 Tonnen Erz nach Narvik und werden hier nach kurzer Lagerung verschifft

station liegen 300 000 Tonnen Pellets und in einem Durchgangslager weitere 160 000 Tonnen Kiruna-D-Erz.

Der Zufall will es, daß gerade bei Henkelmanns Besuch ein Schiff – die „Brage“ – für Hoesch beladen wird. Das Erz läuft – automatisch gesteuert – über Transportbänder hierher zur Pier. Zuvor wurden Proben für Analysen genommen, ging das Erz über Wiegestationen und Prüfsiebanlagen. Durch ein doppeltes Bandsystem können sogar zwei Erzsorten gleichzeitig verladen werden. Über schmale Eisentreppen klettern die Besucher aufs Schiff: Auch hier sind kaum Menschen zu sehen – nur der breite fließende Erzstrom!

Wieder draußen macht Christensen auf eine Baustelle aufmerksam: Die neue Kaianlage! Später im Hafenbüro erklärt er den Deutschen an einem Modell, wie der neue Kai aussehen wird. Wenn er 1977 fertig ist, können Schiffe bis 400 000 Tonnen anlegen! Der Hafen von Narvik, heute mit 23 Millionen Tonnen Umschlag im Jahr schon der größte Skandinaviens, wächst weiter. Er paßt sich den wachsenden Kapazitäten der Erzgruben an.

Im Hafen von Narvik weist vieles zum schwedischen Lappland hin, von wo das Erz herkommt. „Man muß es sehen!“ Ein verständlicher Wunsch. Und Henkelmanns beschließen, im nächsten Jahr einen Blick auf den Erzabbau zu tun.

Wir sind Wilhelm Henkelmann inzwischen zuvorgekommen und haben über Sven-Eric Brunnsjö, den Leiter des Informationsdienstes der schwedischen LKAB, alles erfahren, was man gerne wissen möchte, wenn man erst einmal Narvik gesehen hat.

Beginnen wir mit dem Transport des Erzes auf der 474 Kilometer langen Eisenbahnstrecke zwischen Lulea an der Ostsee und Narvik, die erst gebaut wurde, als

▼ Kiruna und die Grube Kiirunavaara mit dem heute größten Untertageabbau in der Welt



▲ Veine Backmann arbeitet unter Tage. Er hat sich auf das Bohren von Ventilationskanälen spezialisiert

► Veine Backmann mit seinem neun Monate alten Sohn Joachim und seiner Frau Inger, die halbtags im Krankenhaus arbeitet



das nordische Erz um die Jahrhundertwende immer gefragter wurde. Unter den eingleisigen Eisenbahnlinien gehören die 168 Kilometer von Kiruna nach Narvik zu den am meisten beanspruchten der Welt. Der Bau dieser Linie war eine abenteuerliche Geschichte! Den abgeschiedenen lebenden Menschen im schwedischen Lappland brachte er Anschluß an die Zivilisation und ließ in der unberührten Landschaft – Tundra mit Birken und Kiefern – Städte wachsen.

Die Ansiedlung Svappavaara ist nicht groß geworden wie Kiruna und Malmberget mit ihren Gru-

benverwaltungen, dafür aber ist sie stolz auf ihre Geschichte. Für den Namen des Dorfes: svabba = Pilz, vaara = Wald, haben zwei lappische Sprachen Pate gestanden. Hier in der Nähe fand Uulon Olaf Tolkki, ein Lappe, 1654 das erste Stück Eisenerz. Bis zum industriellen Abbau des Eisenerzes dauerte es aber noch lange: erst um die Jahrhundertwende ist es hier richtig losgegangen, die Wälder wurden gerodet, die Techniker kamen, und die Menschen wachten auf.

Heute sieht das so aus: In laufender Folge fahren Trucks mit 75 Tonnen Ladegewicht auf manns-

Boden an. Danach beginnt man zu bohren und nimmt Proben.

In Kiirunavaara lagern heute noch 1 800 Millionen Tonnen Erz, obwohl der Berg von Stollen durchzogen ist, die aneinandergereiht über 400 Kilometer lang wären. In einem Menschenalter hat sich aus der Wildnis heraus Kiruna zu einer modernen wohlhabenden Stadt mit 30 000 überwiegend sehr jungen Einwohnern und deshalb überdurchschnittlich vielen Schulen entwickelt. Im Winter wird es hier wochenlang nicht hell – dafür geht vom 28. Mai bis zum 18. Juli die Sonne nicht unter.

hohen Rädern hinunter in den Tagebau, werden mit Erz beladen von Elektrobaggern, fahren wieder herauf, hin zu den Brechern, den Separier- und Aufbereitungsanlagen. Man findet Reicherz – Magnetit und Martit mit niedrigen und hohem Phosphorgehalt – und Aufbereitungserze. 3,5 Milliarden Tonnen sollen in Lappland noch unter der Erde liegen. Auf der Suche nach neuen Vorkommen macht man sich vom Flugzeug das erste Bild. Von oben orten Magnetomate das Erz – Gravimeter sprechen auf seine größere Dichte im

▼ Frontlader, die unter Tage gesprengtes Erz laden



In zwei Schichten fahren die Bergleute ein. Hier, im weltgrößten Untertagebau, wird das Erz im Scheibenbruchbau gewonnen. Einer Scheibe Käse gleich liegt es wie zwischen zwei dicken Scheiben Brot, die in einem Winkel von 50° in die Erde herunterreichen. Die Breite der Scheibe beträgt etwa 100 Meter, die Länge 5,5 Kilometer, die Tiefe bis zu 2 000 Meter. Moderne Bohraggregate erleichtern die Arbeit. Erzläder und Lastkraftwagen befördern das Erz getrennt nach Sorten – Eisen- und Phosphorgehalt sind je nach Abbaugbiet verschieden – zu den Brechern, den Separier- und den Aufbereitungsanlagen.

Der Transport im Untertageabbau von Malmberget ist gleisfrei. Doch zuerst muß es erschlossen und gewonnen sein. Eine Arbeit, auf die sich Veine Backmann versteht. Der 31-jährige Grubenarbeiter hat sich beim Aufschluß neuer Strecken auf das Bohren von Ventilationskanälen spezialisiert. Er bohrt drei Meter tiefe Löcher ins Gestein, sprengt und räumt das lose Gestein beiseite. Seit dreizehn Jahren ist Veine Backmann unter Tage: „Das Beste an meiner Arbeit ist, daß ich allein arbeite und deshalb mein eigener Herr bin.“

Bis zum 1. Januar 1975 galt die 40-Stundenwoche für Veine Backmann. Jetzt sind es nur noch 35 Stunden pro Woche. 100 verschiedene Berufe sind hier bei der Arbeit – nur etwa zwanzig Prozent am Erz. Die Tarifgehälter – sie werden monatlich ausgezahlt – liegen zwischen 2 965 Kronen = 1 750,- DM und 4 625 Kronen = 2 740,- DM im Monat ohne Dienstzuschüsse, Überstundenzuschläge oder Zuschüsse für Untertagebau. 3 100 Kronen (1 830,- DM) ist der Durchschnittslohn in der schwedischen Industrie.

Veine Backmann ist zu Hause im schwedischen Lappland. Er ging nach der Volksschule zur See, kam zurück und begann in der Grubenschule zu lernen, des sicheren Einkommens wegen. „Doch Grubenarbeit ist keine romantische Sache: Man muß gesund sein. Die Arbeit ist immer noch hart, trotz vieler Maschinen.“

Wenn er morgens losgeht, ist noch keine Zeitung im Haus. Sie kommt von der Küste herauf. Dem abgeschiedenen Leben hier oben stellt die Firmenleitung eigene Rundfunkprogramme entgegen, eine zusammengestellte Pressechau. Zwei Werkzeitungen sind im Umlauf, die in Kiruna entstehen. Viele hier oben jagen oder angeln in ihrer Freizeit. Dafür ist die Umgebung ein Eldorado. Veine Backmann verbringt seinen Urlaub meist in seiner Hütte an der Ostseeküste.

WERK UND WIR-Fotowettbewerb

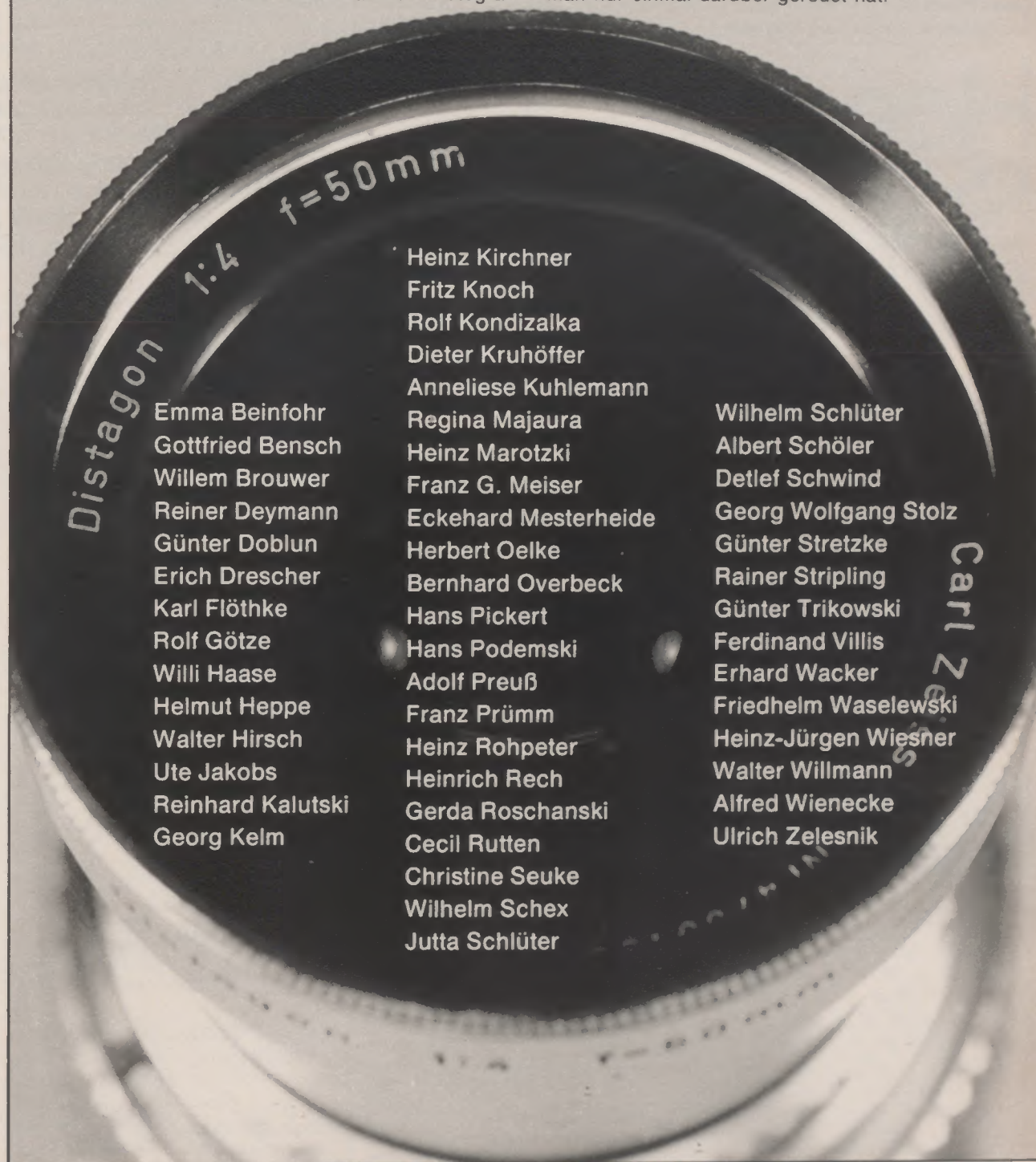
Fünffzigmal "Mit der Kamera auf du"

In jedem Monat können nur fünf oder sechs unserer Mitarbeiter im WERK UND WIR-Fotowettbewerb gewinnen. Die Ausgezeichneten erhalten vierzig Mark, und die preisgekrönte Aufnahme wird in WERK UND WIR veröffentlicht. Alle anderen aber gehen leer aus und sind oft enttäuscht. Wir haben deshalb wie in den vergangenen Jahren fünfzig anregende Fotobücher unter den nicht prämierten Teilnehmern unseres Fotowettbewerbs verlost. Jeder, der im Laufe des Jahres 1974 Aufnahmen zum WERK UND WIR-Fotowettbewerb eingeschickt hat und nicht prämiert wurde, stand auf der Liste derer, unter denen fünfzig Fotobücher ausgelost wurden.

Wir haben diesmal mit Alexander Spoerls „Mit der Kamera auf du“ ein Buch ausgewählt, das schon vielen Menschen das Fotografieren leichtgemacht hat. Der Verfasser versteht nicht nur was vom Fotogra-

fieren, er kann auch flott und anschaulich schreiben, und jeder Leser sollte ihn beim Wort nehmen, wenn er verspricht: „Fotografieren ist nicht schwerer, als dieses Buch zu lesen.“

„Mit der Kamera auf du“ besteht aus drei Teilen: für den Anfänger, für den Fortgeschrittenen, für den Fertigen. Spoerl sagt dazu: „Wo ein Teil aufhört und der nächste anfängt, werden Sie hoffentlich nicht merken. Ich selbst weiß es auch nicht einmal. In keinem dieser Teile lernen Sie etwas. Ich habe das peinlich vermieden. Denn, was man lernt, muß man auch behalten. Es belastet das Gehirn. Wenn Sie hinterher mehr wissen sollten – dann kommt es nur davon, daß Sie durch das Lesen alles ganz von selbst verstehen. Fotografieren ist kein Geheimnis! Es ist eine ganz einfache selbstverständliche Sache, wenn man nur einmal darüber geredet hat.“



Emma Beinfuhr
Gottfried Bensch
Willem Brouwer
Reiner Deymann
Günter Doblun
Erich Drescher
Karl Flöthke
Rolf Götze
Willi Haase
Helmut Heppe
Walter Hirsch
Ute Jakobs
Reinhard Kalutski
Georg Kelm

Heinz Kirchner
Fritz Knoch
Rolf Kondizalka
Dieter Kruhoffer
Anneliese Kuhlemann
Regina Majaura
Heinz Marotzki
Franz G. Meiser
Eckehard Mesterheide
Herbert Oelke
Bernhard Overbeck
Hans Pickert
Hans Podemski
Adolf Preuß
Franz Prümm
Heinz Rohpeter
Heinrich Rech
Gerda Roschanski
Cecil Rutten
Christine Seuke
Wilhelm Schex
Jutta Schlüter

Wilhelm Schlüter
Albert Schöler
Detlef Schwind
Georg Wolfgang Stolz
Günter Stretzke
Rainer Stripling
Günter Trikowski
Ferdinand Villis
Erhard Wacker
Friedhelm Waselewski
Heinz-Jürgen Wiesner
Walter Willmann
Alfred Wienecke
Ulrich Zelesnik



▲ Den Vertrag unterzeichneten – von links nach rechts: Günther Fankhänel (Hoesch Handel AG), Richard Heyer (MFD), Erich Niemeler (Vorstandsmitglied der Hoesch Handel AG), Dr. Franz-Josef Hufnagel (Vorstandsmitglied der Hoesch Werke AG), Dr. P. L. Agrawal (General Manager der Rourkela Steel Plant), Mr. Elliot (Direktor der Greaves Cotton and Company

Ltd., Bombay, die Hoesch Handel in Indien vertritt), V. Venkataramen (Greaves Cotton Büro). Stehend von links nach rechts: J. K. Gupta (Direktor der Walzwerke Rourkela), P. Lal (Einkaufschef Rourkela), Dr. Datar (Technischer Chef Rourkela), H. D. Andley (Finanzchef Rourkela), R. K. Jain (Leiter des neuen Rohrwerks), R. Raw (Neubauabteilung Mecon), C. S. Ram (Greaves Cotton Büro, Rourkela).

Hoesch-Spiralrohrwerk für Indien

28 Millionen DM ist die Unterschrift wert, die hier in Rourkela (Indien) unter den Vertrag auf Lieferung eines kompletten Spiralrohrwerkes durch die Hoesch Handel AG nach Indien gesetzt wird. Die neue Rohrwerkanlage, die von der Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG gebaut wird und bereits 1976 in Betrieb gehen soll, hat eine jährliche Kapazität von 55 000 Tonnen und wird in erster Linie dazu dienen, den wachsenden Inlandsbedarf an Gas- und Ölröhren zu decken. Gleichzeitig verstärkt Indien mit der Errichtung des Spiralrohrwerkes seine Bemühungen, die Weiterverarbeitung der in Rourkela vorhandenen Stahlwerkskapazitäten auf eine breitere Basis zu stellen.

PRESS RELEASE

HINDUSTAN STEEL CORPORATION
ROURKELA STEEL PLANT
16-1-1975
RELEASED ON: _____

Ausschnitt der Pressemitteilung mit der die Hindustan Steel Ltd. den Vertragsabschluss der Öffentlichkeit bekanntgab.

Contract for a complete spiral-welded pipe – the first of its kind in India – has been signed today the 16th January, 1975 at Rourkela between the Rourkela Steel Plant and the German company, Hoesch Handel AG, Dortmund, a company of the European Steel combine STEEL AG Hoesch-Krupp. The project will be backed by the experience of Hoesch Rohrrückwerke AG (the Hoesch pipe

Die Haubenglüherei im neuen Kaltwalzwerk

Hier wird das Kaltbandbildungsfähig

Überall wird kaltgewalztes Band gebraucht: im Automobil- und Maschinenbau, in der Geräte- und Haushaltsindustrie, in der Bauwirtschaft und in vielen anderen Branchen. Kaltband – wie es aus dem Walzgerüst kommt – ist aber zur Weiterverarbeitung noch nicht geeignet, denn Kaltbänder verlieren beim Walzen eine ihrer wichtigsten Eigenschaften: das „Formveränderungsvermögen“. So muß ein weiterer Arbeitsgang folgen, der die beim Walzen eingetretene Kaltverfestigung beseitigt. Dies geschieht durch Wärme oder – wie der Fachmann sagt – „rekristallisierende Glühung“ in der Haubenglühanlage. Dank weitgehender Mechanisierung kann die Glühanlage von nur drei Mitarbeitern betrieben werden. Sie ist ausgelegt für eine Monatsleistung von 50 000 Tonnen, die zur Zeit zu achtzig bis neunzig Prozent erreicht wird. Bei Einsatz des Betriebsrechners wird eine Vergrößerung der Ringgewichte möglich und damit die volle Monatsleistung in der Haubenglüherei des neuen Kaltwalzwerkes erzielbar.

Glühsockel

Die Haubenglüherei ist mit 48 Glühsockeln ausgerüstet, die in sechs Gruppen zu je acht Stück angeordnet sind. Die Stahlkonstruktionen der Sockel ruhen auf einem Stahlgerüst und sind gegen Wärmeverluste durch eine Schüttung aus gekörntem Isoliermaterial abgedämmt.

Die Sockel enthalten Lüfterrad, Diffusor, Zuleitungsrohre für Schutz- und Heizgas und Durchführungen für Thermoelemente zur Regelung und Kontrolle.

Den oberen Abschluß des Sockels bildet der Grundkonvektor – eine Rundplatte mit dicken Rippen, auf die drei bis sechs Ringe bis zu einer Höhe von 4,8 Meter übereinander gestapelt werden – mit Zwischenkonvektoren zwischen den Ringen.

Schutzhaube

Soll das Kaltband seine metallisch blanke Oberfläche behalten und nicht anlaufen, muß das glühende Material gegen die Außenluft gasdicht abgeschlossen sein.

Eine Schutzhaube aus Chrom-Nickel-Stahl erfüllt diese Aufgabe. Sie wird über die gestapelten Ringe gestülpt und von einer hydraulischen Anpressvorrichtung fest

auf die in den Stahlrand des Glühsockels eingelassene Gummidichtung gepreßt.

Der Raum unter der Haube wird mit Schutzgas gefüllt, das – ständig umgewälzt – eine gute Wärmeübertragung bewirkt. Die Schutzhaube verhindert eine Verunreinigung der Schutzgasatmosphäre durch Luft und Heizgas. Während der Glühperiode werden austretende Öl- und Wasserdämpfe durch stetige Erneuerung des Schutzgases abgeleitet.

Heizhaube

Über die mit der Schutzhaube abgedichteten Kaltbandringe wird ein Haubenofen gestülpt. Er besteht aus einem äußeren, durch feuerfestes Material isolierten Stahlmantel mit einer kräftigen Deckenkonstruktion, die es ermöglicht, die nach unten geöffnete Heizhaube mit einem Kran über die Schutzhaube abzusenken. Der untere Teil der Heizhaube ist mit einer Ringleitung versehen, die über kuppelbare Anschlußstutzen mit der unter dem Glühsockel verlegten Gasleitung verbunden wird.

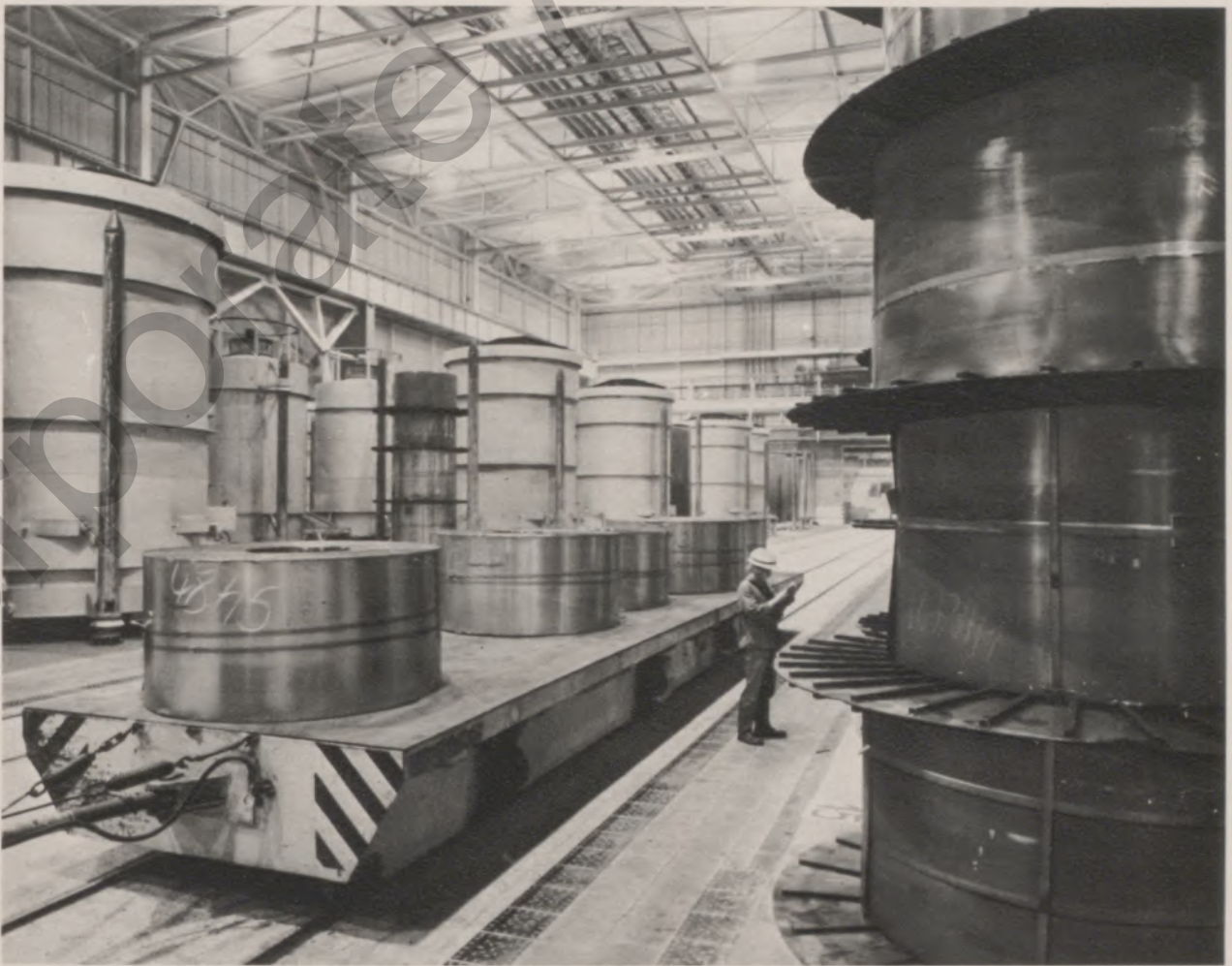
Zwölf Brenner in zwei Reihen sind über die untere Heizhaube verteilt. Sie werden mit Gichtgas versorgt, das einen Heizwert von 1090 kcal/m³ hat. Im oberen Teil



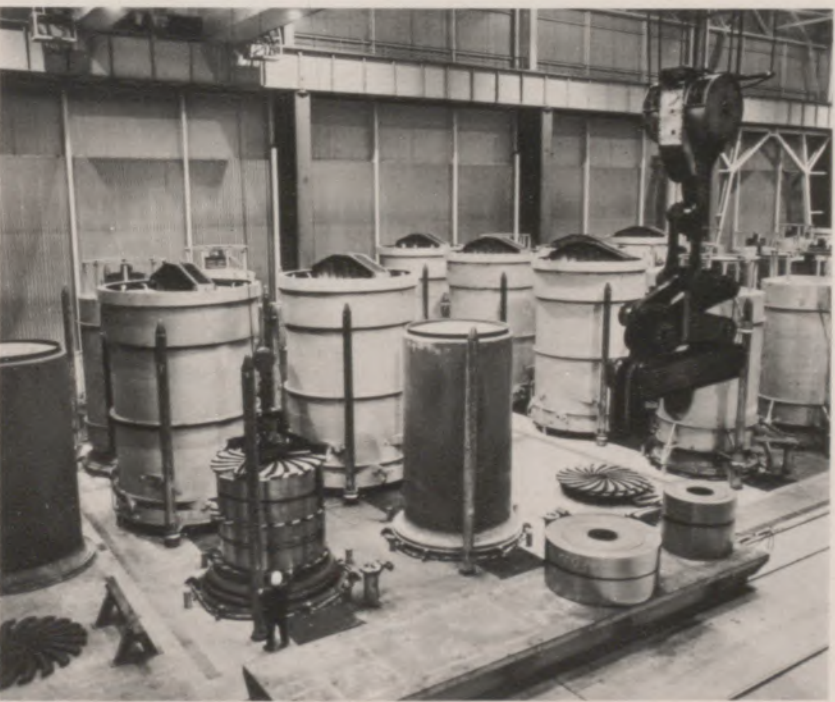
◀ Nur drei Mitarbeiter je Schicht sind in der Lage, die Haubenglüherei zu betreiben. Voraussetzung dafür sind die in der zentralen Meß-, Kontroll- und Regelorgane – hier überwacht von Rudolf Niehaus

der Heizhaube befindet sich ein Verteilerring für die Verbrennungsluft. Ein Ventilator saugt Luft aus der Halle an und führt sie dem Verteiler zu. Abgase entweichen durch Öffnungen oberhalb der Rekuperatoren. Sie werden mit Frischluft vermischt, die durch den Keller zugeführt wird, und entweichen durch eine Öffnung im First der Glühereihalle.

Ist die Heizhaube gezündet, wird der „Umwälzer“ eingeschaltet. Er wälzt das Schutzgas zwischen Sockel, Schutzhaube und Ringen im Kreislauf um, so daß die Wärme schnell auf die Ringe übertragen



▲ Mitten durch die Haubenglüherei des neuen Kaltwalzwerkes führt der Schienenweg für den Coil-Transportwagen; links reihen sich die Heizöfen, rechts kühlen Coils auf Schlußkühlplätzen



◀ Die zu glühenden Ringe werden bis 4,8 Meter hoch auf den Glühsockeln gestapelt

wird. Nach zehn bis fünfzehn Stunden ist die vorgeschriebene Temperatur erreicht, und die schrittweise Zurücknahme der Heizgas- und Verbrennungsluftmengen beginnt. Je nach Sockelgewicht (80 bis 180 Tonnen) und Qualität ist die Ofenzeit nach 30 bis 75 Stunden beendet. Danach wird der Ofen von seinem Sockel abgenommen und auf einen neu gepackten wieder aufgesetzt.

Abkühlhaube Schnellkühlanlage

Für die Leistung einer Haubenglühanlage ist nicht nur die Zeit des Erhitzens ausschlaggebend, sondern auch die Zeit, die benötigt wird, um die geglühten Ringe auf eine Temperatur abzukühlen, die ein Anlaufen an der Luft unmöglich macht. Um die Abkühlung zu beschleunigen, wird kurz nach dem Ziehen der Heizhaube eine Kühlhaube aus Stahlblech über die Schutzhaube gesetzt. Im oberen Abschlußdeckel der nach unten offenen Kühlhaube befindet sich ein elektrisch angetriebener Ventilator, der kalte Außenluft aus dem Keller vom unteren Rand der Kühlhaube her ansaugt, sie entlang der Schutzhaube weiterfördert und oben ausbläst. Mit Hilfe des auch für diesen Zweck genutzten Umwälzgebläses für das Schutzgas wird die Abkühlzeit um etwa zwanzig Prozent verkürzt.

Weitere vierzig Prozent der Abkühlzeit werden eingespart, indem ein Teil des Schutzgases durch wassergekühlte Lamellen mittels Ventilatoren gesaugt und dabei abgekühlt wird.

Schlußkühlplätze

Sobald das Glühgut eine Temperatur von 150° Celsius unterschritten hat, besteht die Gefahr des Anlaufens nicht mehr, und achtzehn Schlußkühlplätze nehmen die Ringe zum weiteren Abkühlen auf. Sie werden wieder mit Hilfe von Konvektoren übereinandergestapelt und erhalten oben eine Abdeckplatte. Da sich diese Abkühlsockel in unmittelbarer Nähe der Glühsockel befinden, ist für ihre Zustellung nur wenig Kranarbeit erforderlich.

Kräftige Ventilatoren unterhalb des Schlußkühlplatzes treiben kalte, von außen angesaugte Frischluft durch die Stapel und verringern die Zeit der Schlußabkühlung auf 20 bis 25 v. H. der Zeit, die bei einer Abkühlung auf dem Lagerplatz gebracht würde. Dadurch werden größere Hallenflächen eingespart, und die Durchlaufzeit durch das Kaltwalzwerk verringert sich.

Schutzgasanlage

Eine der wichtigsten Nebenanlagen der Glüherei ist die Schutzgasanlage, in der die zum Glühen notwendigen Gasmengen produziert werden. Drei Schutzgasanlagen versorgen die Glüherei, eine mit einer Leistung von 500 Kubikmeter je Stunde und die beiden anderen mit 300 Kubikmeter je Stunde.

Zwei Arten Schutzgas kommen zum Einsatz: Für normale Ansprüche DX-Schutzgas, eine Mischung aus Wasserstoff, Kohlenmonoxyd, Kohlendioxyd und Stick-



Um dem Kaltband die blanke Oberfläche zu erhalten, wird es beim Glühen gegen Außenluft durch eine Schutzhaube gasdicht abgeschlossen. Ein Knopfdruck von Klaus Sieling bewirkt die hydraulische Abdichtung

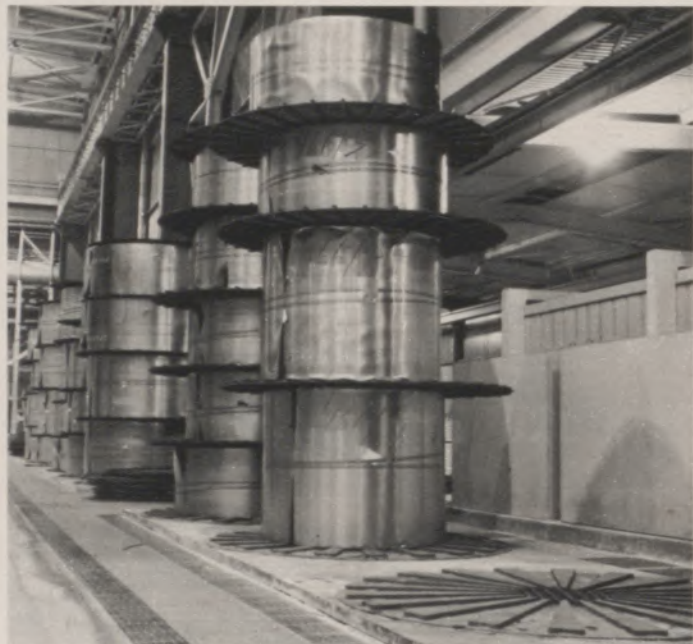
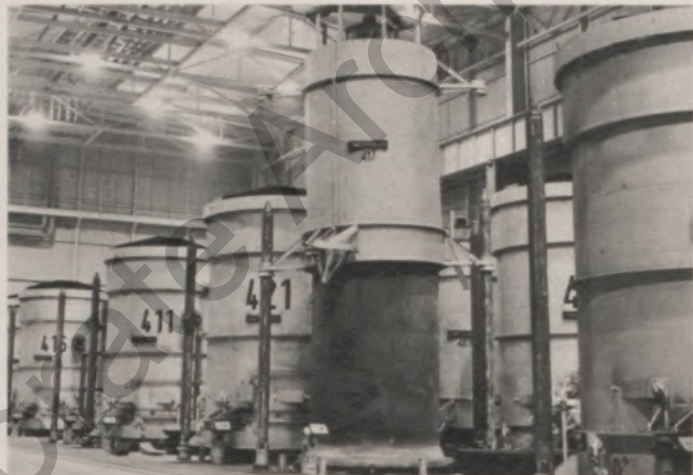
hält einen Temperaturregler, der dafür sorgt, daß die vorgeschriebene Glüh­temperatur eingehalten wird. Außerdem ist ein Zeitzähl­gerät eingebaut, in das die Vorspülzeiten und Hauptspülzeiten, Glühzeiten und voraussichtlichen Abkühlzeiten eingegeben werden. Sind diese Zeiten abgelaufen, geht ein Dauerlicht in Blinklicht über und verständigt so den verantwortlichen Glüher. Außerdem enthält der Regeleinschub Leuchten für die einzelnen Aggregate wie Umwälzer, Verbrennungsgebläse, Kühlhaube, Schnellkühlumwälzer, Wasserdurchfluß und Schutzgasdruck. Tritt eine Störung auf, beginnen die Leuchten zu blinken.

weiter erhöhte Ringgewichte ermöglicht.

Umweltschutz

Die neuen Größenordnungen der Haubenglüherei schufen Probleme im Bereich Umweltschutz – vor allem durch eine nicht zumutbare Lärmbelastung. Schallpegelmessungen der Abteilung für Großversuche und Ergonomie ergaben Spitzenwerte von 108 dB (A).

▼ Um die geglühten Ringe möglichst schnell abzukühlen, werden nach dem Ziehen der Heizhaube mit Kaltluftventilatoren versehene Kühlhauben aufgesetzt



▲ Mit Gichtgas werden die zwölf Brenner in den Heizhauben versorgt; 30 bis 75 Stunden dauert die „Ofenzeit“ bei der die Temperatur langsam erhöht und ebenso schrittweise wieder zurückgenommen wird

stoff. Bei besonderen Ansprüchen wird HNX-Schutzgas verwendet, das aus einem Stickstoff-Wasserstoff-Gemisch besteht.

Meß- und Regelanlage

Daß eine Anlage wie die Haubenglüherei nicht ohne umfangreiche Meß-, Kontroll- und Regelorgane auskommt, versteht sich von selbst.

In einer zentralen Meßwarte sind alle Geräte zusammengefaßt, mit denen Glüherei wie Schutzgasanlage überwacht werden. Jeder der 48 Glühsockel ist mit zwei Thermoelementen ausgerüstet: Ein Thermoelement ist für den Betriebsablauf während der Ofenzeit, das andere für den Betriebsablauf während der Abkühlzeit maßgebend. Die Temperaturen werden auf acht elektronischen Schreibern registriert. Somit ist jederzeit möglich, die Temperaturverhältnisse eines jeden Sockels auch in der zurückliegenden Zeit zu beurteilen. Weiterhin gehört zu jedem Sockel ein elektronisch arbeitender Regeleinschub. Jeder Regeleinschub ent-

Leistung

Die Leistungsdaten der neuen Haubenglüherei können sich sehen lassen. Bundgewichte bis 45 Tonnen mit einem äußeren Durchmesser von 2700 Millimeter und einem inneren Durchmesser von 610 Millimeter werden bis zu einer Höhe von 4800 Millimeter aufgepackt. Dabei sind je nach Qualität Glühleistungen pro Ofen von 2,55 bis 3,35 Tonnen zu erzielen. Wie bereits erwähnt, werden diese Durchschnittsleistungen heute zu achtzig bis neunzig Prozent erreicht. Hundert Prozent sind nach dem Einsatz des Betriebsrechners zu erwarten, der

▲ Sinkt die Temperatur des Glühgutes unter 150 °C, besteht nicht mehr die Gefahr des Anlaufens und die Coils werden auf den Schlußkühlplätzen zum weiteren Abkühlen gestapelt. Durch die Konvektoren tritt von unten Kaltluft in die Stapel

Nach zahlreichen, aufwendigen Versuchen kam man den Lärmquellen auf die Spur, so daß Gegenmaßnahmen – beispielsweise Formveränderungen von Lüfterschäufeln und Auskleidungen mit schallisolierendem Material – möglich wurden. Heute ist der Schallpegel für den gesamten Glühbereich auf durchschnittlich 84 bis 88 dB (A) gesenkt.

Wechselnde Ausstellungen im Berufsbildungs- zentrum

Kunst an Hoesch- Wänden

Das Mikrophon für die Ministerrede ist abgebaut, die Stundentafel für Unterricht und Lehrgänge aufgestellt, der Alltag in das neue Haus der Hoesch-Berufsbildung eingezogen. Gäste, Lehrende und Lernende sparten nicht mit Anerkennung – und das nicht nur wegen der technisch perfekten Einrichtungen etwa des Sprachlabors, der Seminarräume oder der Schreibmaschinensäle, sondern auch wegen der für industrielle Zweckbauten ungewöhnlichen Wanddekoration durch Bilder namhafter Künstler. Vor allem die Pausenhalle läßt an eine kleine Kunstausstellung denken. Architekten und Pädagogen wollen mit dieser Ausstellung erreichen, daß sich die Teilnehmer an Seminaren und Tagungen wie die Auszubildenden als Gegengewicht zur nüchternen Arbeit von zeitgenössischer Kunst umgeben sehen: dem ersten zur Anregung, dem zweiten zur Auseinandersetzung, dem dritten als Bereicherung schon gewonnener Kenntnisse, allen aber zum Gewinn.

Die großen Wände in Sichtbeton boten sich dazu an; das erste Echo gab den Initiatoren recht. Im Wort „Ausstellung“ liegt schon der Wille zum Wechsel. Auch hier soll die Herausforderung lebendig bleiben durch den Wechsel.

Gleich am Eingang „stolpert“ mancher über einen Teppich nach dem Entwurf von Pablo Picasso – auch wenn er an der Wand hängt. (Wer dreimal hinsieht, hat sich schon daran gewöhnt.) Zwei gegenüberliegende Wandflächen zeigen Farbholzschnitte und Serigraphien von Friedensreich Hundertwasser sowie vier Zeichnungen von Le Corbusier, der im allgemeinen als einer der berühmtesten Architekten bekannt ist. Im Nebenraum, eine



halbe Etage tiefer, von der Halle aus einzusehen, hängen Plakate bekannter Künstler zur Olympiade 1972.

Durch das freie Treppenhaus sieht man in das Obergeschoß der Halle. Hier sind vier Spiegelobjekte von Victor Bonato erster Blickfang. Daneben eine Serie Radierungen von Heinz Knoke, ihr gegenüber drei Velours-Drucke von Enrico Baj. Im Warteraum auf halber Etagenhöhe Lithografien von Karl Korab sowie eine Radierung von Peter Ackermann. In diesem Raum wie auch in dem Warteraum darüber Reproduktionen von Victor Vasarely, Kupferstiche von Hubertus

von Pilgrim sowie eine Radierung von Waldenburg. Abgerundet wird das Ganze durch einen zweiten Wandteppich von Hans Arp.

Diese erste Ausstellung wurde in der Junior-Galerie in Goslar zusammengestellt, die elf weitere Galerien in der Bundesrepublik unterhält und weithin einen guten Ruf genießt. Die Galerie stellte die erste Serie als Leihgabe zur Verfügung und bietet die Kunstwerke auch zum Kauf an.

Der Ankauf eines Teils der Eröffnungsserie wird die Idee des Wechsels nicht blockieren. Und es sollen auch nicht nur Grafiken international bekannter Künstler gezeigt wer-

den, vielmehr denkt man an völlig unterschiedliche Darbietungen. So lassen sich Feierabend-Arbeiten von Belegschaftsmitgliedern zusammentragen, fotografische und andere Darbietungen aus der Berufswelt sind möglich. Die technisch Auszubildenden könnten Werkstattarbeiten zeigen oder Studenten aus Fachhochschulen mit Arbeitsproben ihre Bildungsstätte vorstellen.

Die Idee, großflächige Pausenräume im Berufsbildungszentrum anders als in herkömmlicher Gleichförmigkeit oder Belanglosigkeit zu nutzen, ist ein begrüßenswerter Einfall und hält viele Wege offen.

Wer?

Herbert Künne, 42, Kolonnenführer der Mechanischen Erhaltungsbetriebe der Hoesch Hüttenwerke AG und seit 1946 bei Hoesch, hat bisher drei Verbesserungsvorschläge eingereicht, von denen zwei prämiert wurden

Warum?

Herbert Künne störte es, daß sich bei den Strangführungssystemen in der Stranggießanlage die Einzelteile der Profileinstellung nur schwer demontieren ließen

Wie?

Herbert Künnes Überlegungen gingen dahin, die Bohrungen in den Einstellaschen nach unten zu öffnen. Dadurch wurde es möglich, nur durch das Lösen der Kontermutter die Einstellasche auszubauen

Wer?

Karl-Heinz Dorow (rechts), 23, Schlosser der Mechanischen Erhaltungsbetriebe Westfalenhütte der Hoesch Hüttenwerke AG und seit 1969 bei Hoesch, und Peter Lohf, 23, Schlosser der Mechanischen Erhaltungsbetriebe und seit 1973 Hoesch-Mitarbeiter, haben diesen ersten Verbesserungsvorschlag gemeinsam gemacht

Warum?

Karl-Heinz Dorow und Peter Lohf fiel auf, daß beim Schrotthacker Ständer zum Wechseln der Hackmesser nur bei Anlagenstillstand verfahren werden konnten

Wie?

Karl-Heinz Dorow und Peter Lohf schlugen vor, in der Nähe des Schrotthackers einen Endschalter anzubringen. Die Ständer können nun bei laufender Anlage verfahren werden



Der kluge Mann schlägt vor

Gesellschaften	Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Eingereichte Verbesserungsvorschläge je 1000 Beschäftigte	Eingereichte Verbesserungsvorschläge	Eingereichte Verbesserungsvorschläge je 1000 Beschäftigte	Summe der Geldprämien für prämierte Verbesserungsvorschläge
Nach Vorschlagshäufigkeit geordnet	Dezember 1974		November 1974		Jan. bis Dez. 1974
Hoesch Packband GmbH	9	17,8	7	13,8	3 680
Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG	92	14,7	112	17,9	101 682
Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG	29	7,9	20	5,4	35 806
Dittmann & Neuhaus AG	2	3,4	—	—	9 110
Blefa AG	2	3,0	6	8,7	2 972
Hoesch Hüttenwerke AG	80	2,9	86	3,2	421 140
Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG	3	2,8	1	0,9	2 275
Hoesch Siegerlandwerke AG	12	2,8	11	2,6	42 386
Schrottverwertung Celler GmbH	1	1,6	2	3,1	1 245
Hoesch Werke AG Hauptverwaltung	2	1,3	—	—	7 217
Hoesch Röhrenwerke AG	1	0,4	12	5,2	79 834
Schwinn AG	—	—	—	—	3 300
Hoesch Brennstoffhandel GmbH	—	—	—	—	—
Hoesch Handel AG	—	—	1	0,5	2 250
Hoesch Konzern	233	4,5	258	5,0	712 897

Auch die Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund muß ihre Beiträge erhöhen

Die Ausgaben der Hoesch Betriebskrankenkasse für ihre Mitglieder werden nach Schätzungen der Verwaltung in diesem Jahr über 120 Millionen DM betragen. Das bedeutet eine Steigerung der Ausgaben um rd. 20% gegenüber dem Geschäftsjahr 1974. Diese Mehrausgaben sind mit dem Beitragssatz von 9,8 v. H. des Grundlohnes nicht mehr aufzufangen. Auf Vorschlag der Geschäftsführung haben daher Vorstand und Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund in ihren Sitzungen am 13. und 18. Dezember 1974 einstimmig beschlossen, den allgemeinen Beitragssatz ab 1. Januar 1975 auf 10,5 v. H. des Grundlohnes anzuheben. Mit diesem Beitragssatz liegt unsere Betriebskrankenkasse aber dennoch weiterhin unter dem Durchschnitt vergleichbarer Krankenkassen. Nicht nur die Verteuerungen aller Leistungen, sondern auch die Leistungsverbesserungen kosten Geld. Daneben muß unsere Betriebskrankenkasse rund 12 Millionen DM Defizit in der Krankenversicherung der Rentner im Jahre 1975 zusätzlich verkraften.

Das Jahr 1974 brachte durch den Wegfall der Krankenscheinprämie die neuen Leistungen „Haushaltshilfe“ und „Kinderpflege-Krankengeld“ sowie „die unbegrenzte Leistungspflicht bei der Krankenhauspflege“.

Das ab 1. 1. 1975 in Kraft getretene „Rehabilitations-Angleichungsgesetz“ stellt darüber hinaus weitere Anforderungen finanzieller und organisatorischer Art auch an unsere betriebliche Krankenversicherung. Neben der Verbesserung bereits vorhandener Leistungen, z. B. der Dynamisierung des Krankengeldes und der vollen Kostenübernahme bei Heil- und Hilfsmitteln, wurden andere Leistungen, wie die Beitragsleistung zur Krankenversicherung für Arbeitsunfähige, neu eingeführt.

Ganz besonders wird unsere Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund im Geschäftsjahr 1975 durch den Wegfall der Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zum Zahnersatz und zu größeren Heil- und Hilfsmitteln belastet. Unsere Betriebskrankenkasse hat ab 1. 1. 1975 allein die Kosten für diese Leistungsarten zu tragen und wird

daher zusätzlich 1 Million DM aufbringen müssen.

Aber dennoch werden die Leistungen zum Zahnersatz ab 1. 1. 1975 durch Inkrafttreten des BEMA-Zahnersatz unter Berücksichtigung des § 182 Abs. 2 RVO dem neuesten zahnmedizinischen Stand entsprechen und auch den festsitzenden Zahnersatz umfassen. Während bisher von der Kasse 90% der Kosten für herausnehmbaren Zahnersatz übernommen wurden (für festsitzenden Zahnersatz je Krone, Stifzahn und Brückenglied 100,- DM), so trägt ab 1. 1. 1975 die Kasse für herausnehmbaren und festsitzenden Zahnersatz einheitlich 90% der Vertragssätze, während bei Reparaturen 100% der Kosten garantiert werden. Also eine erhebliche Leistungsverbesserung, die allen Mitgliedern und Familienangehörigen zugute kommt.

Sehr hoch wird 1975 die Ausgabe für die stationäre Krankenhausbehandlung liegen. Allein 31% betrug die Kostensteigerung 1974 gegenüber 1973. Dadurch wurden rund 40 Millionen DM für diese Leistungsart aufgewandt. Die Ausgaben für die Krankenhauspflege stehen somit an erster Stelle der Gesamtausgabe unserer Betriebskrankenkasse. Voraussichtlich werden 1975 auch wiederum die Ausgaben für ärztliche und zahnärztliche Behandlung sowie die Kosten für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel ansteigen.

Die Ausgaben für ärztliche Behandlung werden 1975 schätzungsweise rd. 21,5 Millionen DM betragen, die Ausgaben für zahnärztliche Behandlung rd. 8 Millionen DM, für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel rd. 21 Millionen DM, für Krankengeld rd. 13,5 Millionen DM.

Die ergänzenden Leistungen aus dem Rehabilitations-Angleichungsgesetz werden unserer Betriebskrankenkasse fast 1 Million DM zusätzliche Kosten verursachen.

Dennoch haben die verantwortlichen Organmitglieder im Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1975 rd. 2 Millionen DM für Kuren und Heilverfahren zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird in erster Linie für Maßnahmen der Vorbeugung und Verhütung von Krankheiten aufgewendet.

Ein Jahr Energiekrise

dings die Struktur der Erdgasversorgung entscheidend verändern wird. Heute beträgt das Verhältnis Erdgasversorgung aus eigener Förderung zur Versorgung aus Importen etwa 50:50, 1980 wird es sich etwa auf 35:65 und 1985 auf etwa 25:75 stellen. Die Bezugsquellen sind zwar gestreut, schließen aber Risiken in der Verfügbarkeit nicht aus.

Aber auch Preisrisiken bestehen, da die Gaspreise an die Ölpreise gekoppelt sind. So haben die deutschen Gaslieferanten für Anfang 1975 Erhöhungen der Gaspreise von 60 bis 70% angekündigt. Meine Auffassung ist, daß Belastungen für die deutsche Volkswirtschaft nicht dadurch geringer werden, daß Devisen für Erdgasimporte statt für Ölimporte aufzubringen sind.

Diese Feststellungen sollen kein Votum gegen das Erdgas sein. Sie sollen aber klarmachen, daß durch höhere Anteile des Erdgases an der Energieversorgung teilweise lediglich nur Abhängigkeitsprobleme von Erdölproduzenten auf Erdgasproduzenten verschoben werden.

In langfristiger Sicht wird Mitte der achtziger Jahre der Gipfel der Erdgasarbeit erreicht sein. Danach muß synthetisches Gas das Naturgasangebot ergänzen.

Kernenergie: Faustischer Pakt oder Energie der Zukunft?

Noch höhere Erwartungen als an den künftigen Beitrag des Erdgases werden an die Entwicklung der Kernenergie geknüpft.

Dabei ist dieser Energieträger umstritten, die Diskussion um die Kernenergie und ihren weiteren Ausbau wird durch viele unsachliche Stimmen belastet. Andererseits sind aber auch ernsthafte Sorgen berechtigt, daß bei sehr stark forcierter Entwicklung der Kernenergie ein wachsendes Gefährdungspotential entsteht. Diese Sorgen schlagen sich unter anderem in dem soeben veröffentlichten 2. Bericht an den Club of Rome „Menschheit am Wendepunkt“ nieder. Hier wird vor dem Standpunkt der technologischen Optimisten gewarnt, daß sich auf längere Sicht jede Energiekrise, ja jede Rohstoffkrise mit Hilfe der Kernenergie meistern läßt. Der Schutz zahlreicher nuklearer Großanlagen, zum Beispiel vor dem Diebstahl von Plutonium, wir in diesem Bericht als ein riesiges Problem bezeichnet und es wird auf die Gefahr hingewiesen, daß Entscheidungen, die dem Denken in rein technologischen Kategorien entspringen, sich sehr wohl als ein „faustischer Pakt“ erweisen können, aus dem sich keine der nach uns kommenden Generationen mehr zu lösen vermag. Es wird in dem Bericht bezweifelt, daß mit der technologischen Lösung der Energiekrise durch Kernenergie Probleme bewältigt werden

können, die im wesentlichen sozialer und psychologischer Art sind.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß für das Jahr 2000 allein in der Bundesrepublik eine Kernenergieleistung von ca. 200 000 MW erwartet wird, die nach heutigen Maßstäben aus etwa 150 Kernkraftwerken erbracht werden muß.

Da das früher von mir geleitete Unternehmen auch im Kernenergiebereich tätig und die Ruhrkohle AG daran beteiligt ist, diese Feststellung also quasi „geschäftsschädigend“ ist, hoffe ich, von Ihnen auch richtig dahingehend verstanden zu werden: Eine nüchterne Betrachtung ist gerade im Kernenergiesektor unerlässlich. Nichts wäre schädlicher, als wenn wir uns von der Öleuphorie nunmehr in eine Kernenergieeuphorie retten wollten.

Wir brauchen jedoch Kernenergie und nach meiner Überzeugung werden Kernkraft und Kohle Eckpfeiler unserer künftigen Energieversorgung sein. Bis 1980 wird die Kernenergie etwa 9% und bis 1985 etwa 15% unseres Energiebedarfs decken. Bis zum Jahre 2000 erwarten optimistische Schätzungen einen Anteil der Kernenergie von bis zu 50% am Gesamtbedarf. Die Beschlüsse für den Bau der Kernkraftwerke müssen jedoch rasch getroffen werden, da der Zeitraum zwischen Investitionsentscheidung und Betriebsaufnahme einer solchen Anlage etwa 6 bis 8 Jahre beträgt. In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß der Beitrag der Kernenergie bislang meist zu optimistisch eingeschätzt wurde. So mußten auch in der Ersten Fortschreibung des Energieprogramms die Ansätze für diesen Energieträger 1980/85 im Vergleich zur ursprünglichen Prognose verringert werden. Schließlich erscheint es auch notwendig, sich von den Vorstellungen extremer Billigkeit der Kernenergie, wie sie teilweise heute noch herrschen, zu trennen. Die Uranversorgung ist keineswegs so problemlos, wie sie oft dargestellt wird.

Die Experten schätzen, daß sich der Uranpreis in den nächsten Jahren vervielfachen wird.

Ferner weist die OECD-Agentur für Atomenergie in ihrem 2. Bericht darauf hin, daß ohne neue Aktivitäten auf dem Gebiet der Uran-Prospektion zu Beginn oder gegen Mitte der achtziger Jahre ernste Versorgungsschwierigkeiten auftreten können.

Es ist auch denkbar, daß die kühnen Planungen für den künftigen Beitrag der Kernenergie durch den Mangel an Aufbereitungsanlagen eingeschränkt werden müssen.

Neue Aufschlüsse bei der Braunkohle

Die Braunkohle stellt gegenwärtig einen Beitrag von 33 Mill. t SKE. Um langfristig den Braunkohlenbedarf für die Stromerzeugung, die Brikettherstellung und neue Verwendungsgebiete sicherzustellen, müssen neue Lagerstätten erschlossen werden.

Geplant ist daher der Aufschluß der Braunkohlenreserven des Hambacher Forstes, die auf 4,5 Mrd. t geschätzt werden. Die Produktion kann dort jedoch kaum vor Mitte der achtziger Jahre aufgenommen werden, so daß von der Braunkohle ein

Beitrag von etwa 7% an der Deckung des Energiebedarfs im Jahre 1985 zu erwarten ist.

Folgerungen für die deutsche Steinkohle

Der Zwischensaldo aus den Entwicklungstendenzen der bisher behandelten Energieträger verdeutlicht, daß auch bei maximalen Ansätzen für Öl, Erdgas, Kernenergie und Braunkohle – wie sie in der Ersten Fortschreibung des Energieprogramms erfolgten – schon allein aus mengenmäßigen Gründen auf den Versorgungsbeitrag der inländischen Steinkohle nicht verzichtet werden kann.

DaderÖlverbrauchderBundesrepublik, wie dargestellt, absolut auch künftig noch steigen wird, und es auch längerfristig keine wesentliche Alternative zu unseren heutigen Ölversorgungsquellen überwiegend im arabisch-islamischen Raum gibt, wird unsere Energieversorgung nach wie vor mit erheblichen Risiken verknüpft sein. Deshalb muß gefragt werden, ob wirklich alles getan worden ist, um diese Gefahren zu mindern. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklung der Kohle.

Vielleicht ist man auch heute noch zu sehr allein in der rein energiewirtschaftlichen Denkkategorie „Kosten-Preis“ befangen, ohne volkswirtschaftliche Gesamtkosten, Verfügbarkeit, Risiko unter anderem mit allen Konsequenzen mit in das Gesamtkalkül einzubeziehen. Was heute nochmals Geld kostet, kann langfristig die beste Investition in unserem Land sein. Ich erinnere nur daran, daß die „Subventionen“ zugunsten des Steinkohlenbergbaus, die seine – leider nur partielle – Erhaltung sicherten, sich durchaus gelohnt haben. Sie sind tatsächlich eine der rentabelsten Investitionen gewesen. Jeder, der die Entwicklung im Winter 1973/74 verfolgt hat, wird der Feststellung zustimmen, daß die Steinkohle eine wertvolle Funktion erfüllt hat: Sie sprang dort kurzfristig ein, wo das Öl eine Deckungslücke hinterließ. Eine solche Hilfestellung kann allerdings nicht als jederzeit verfügbar in eine längerfristige Betrachtung einbezogen werden.

Im Jahre 1974 war nicht nur beim Öl eine außerordentliche Lage gegeben, auch das inländische Steinkohlenaufkommen wurde durch besondere Fakten bestimmt. Wenn in diesem Jahr der Absatz von inländischer Kohle mehr als 110 Mill. t SKE erreichen konnte, so war dies nur möglich, weil neben den laufenden Förderung von rund 95 Mill. t SKE auch entsprechende Haldenbestände verfügbar waren.

Zudem wurde auch die laufende Förderung 1974 unter erheblichen Anstrengungen um 3 Mill. t gegenüber der an das Energieprogramm des Jahres 1973 angepaßten ursprünglichen Planung erhöht.

Heute sind jedoch die Haldenbestände bereits unter 4 Mill. t gesunken und die kommenden Feiertage mit durchgehender Koksproduktion werden die Haldenbestände weiter erheblich verringern. Trotz aller Bemühungen kann in diesem Winter

eine ungestörte Versorgung nur dann ohne Schwierigkeiten gewährleistet werden, wenn keine außerordentlichen Ereignisse, wie sie etwa mit den Lieferbeschränkungen 1973/74 gegeben waren, eintreten.

Was kann die deutsche Steinkohle anbieten?

Die Bergbauunternehmen in der Bundesrepublik können gegenwärtig noch eine Kapazität von 95 Mill. t und mittel- und langfristig auch wieder höhere Kapazitäten anbieten. Diese Produktionskapazitäten sind die technisch leistungsfähigsten in Europa. Das „Know-how“ des deutschen Steinkohlenbergbaus ist auf der ganzen Welt außerordentlich gefragt.

Ob das Angebot des deutschen Steinkohlenbergbaus akzeptiert wird, hängt von den Verbrauchern und der Energiepolitik ab. Es muß die Gewißheit gegeben sein, daß langfristige Dispositionen lohnend und erforderlich sind. Solche hohen Investitionen sind wirtschaftlich jedoch nur dann zu verantworten, wenn die Energieverbraucher, insbesondere die Großverbraucher mit den Bergbauunternehmen langfristige Verträge zu kostengerechten Preisen abschließen. Die Energiepolitik muß die Bergbauunternehmen gegen temporäre, unter Umständen auch tiefe und längere Einbrüche mit mengenmäßigen und preislichen Auswirkungen absichern. Nach dem im Winter 1973/74 gemachten Erfahrungen sollten jedoch Entscheidungen dieser Art sowohl aus versorgungspolitischen Erwägungen, als auch unter langfristigen Rentabilitäts Gesichtspunkten nicht allzu schwer sein.

Die Kokskohlenversorgung der Stahlindustrie

Lassen Sie mich bitte vor diesem Kreis ein paar Bemerkungen zur Kokskohle machen. Die deutsche Stahlindustrie versorgte sich bisher fast ganz mit Kokskohle und Koks aus der deutschen Produktion. Damit war auch in Zeiten konjunktureller Anspannung stets eine ausreichende, qualitativ hochwertige und kontinuierliche Koksversorgung gesichert. Zur Kokskohlenversorgung der Stahlindustrie in den übrigen Ländern der Gemeinschaft trägt der deutsche Steinkohlenbergbau annähernd ein Drittel bei, in den übrigen Ländern der alten EG-6 mehr als zwei Fünftel.

Die jüngsten Erfahrungen haben die Bedeutung einer großen einheimischen Kokskohlenbasis besonders deutlich gemacht. Ausländische Stahlunternehmen, die von importierter Kokskohle abhängig sind, stehen vor schwierigen Versorgungsproblemen. In der europäischen Gemeinschaft klagen zur Zeit insbesondere Italien, Belgien, die Niederlande und Frankreich über eine Mangellage und extrem teure Belieferung mit Kokskohle aus Dritten Ländern. Die japanische Stahlindustrie steht, obwohl sie sich sehr frühzeitig um umfangreiche Kokskohlenimporte bemüht hat, vor der Notwendigkeit, ihre Produktion der schwierigen Versorgungslage mit Kokskohle anzupassen. Selbst

in den USA führt der Mangel an Kokskohle zu Produktionsengpässen der Stahlindustrie.

Angesichts dieser Lage in anderen Stahlzeugungsländern sollte bei uns unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit die Versorgungssicherheit des inländischen Angebotes an Kokskohle positiv beurteilt werden. Ferner setzt die Behandlung der zwischen der Ruhrkohle AG und der Stahlindustrie noch offenstehenden Fragen wie der Abschluß langfristiger Verträge, die Importe von Kokskohle aus Dritten Ländern und die Festlegung der Preise in ein intaktes und partnerschaftliches Verhalten voraus. Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß die Beziehungen, die sich im Rahmen des Hüttenvertrages in der Vergangenheit ergaben, nicht immer die besten waren. Die Risiken eines zu einseitigen partnerschaftlichen Verhältnisses bringt Gefahren mit sich, die auch für sie als Anbieter am Markt zutreffend sind.

Schlußbemerkung

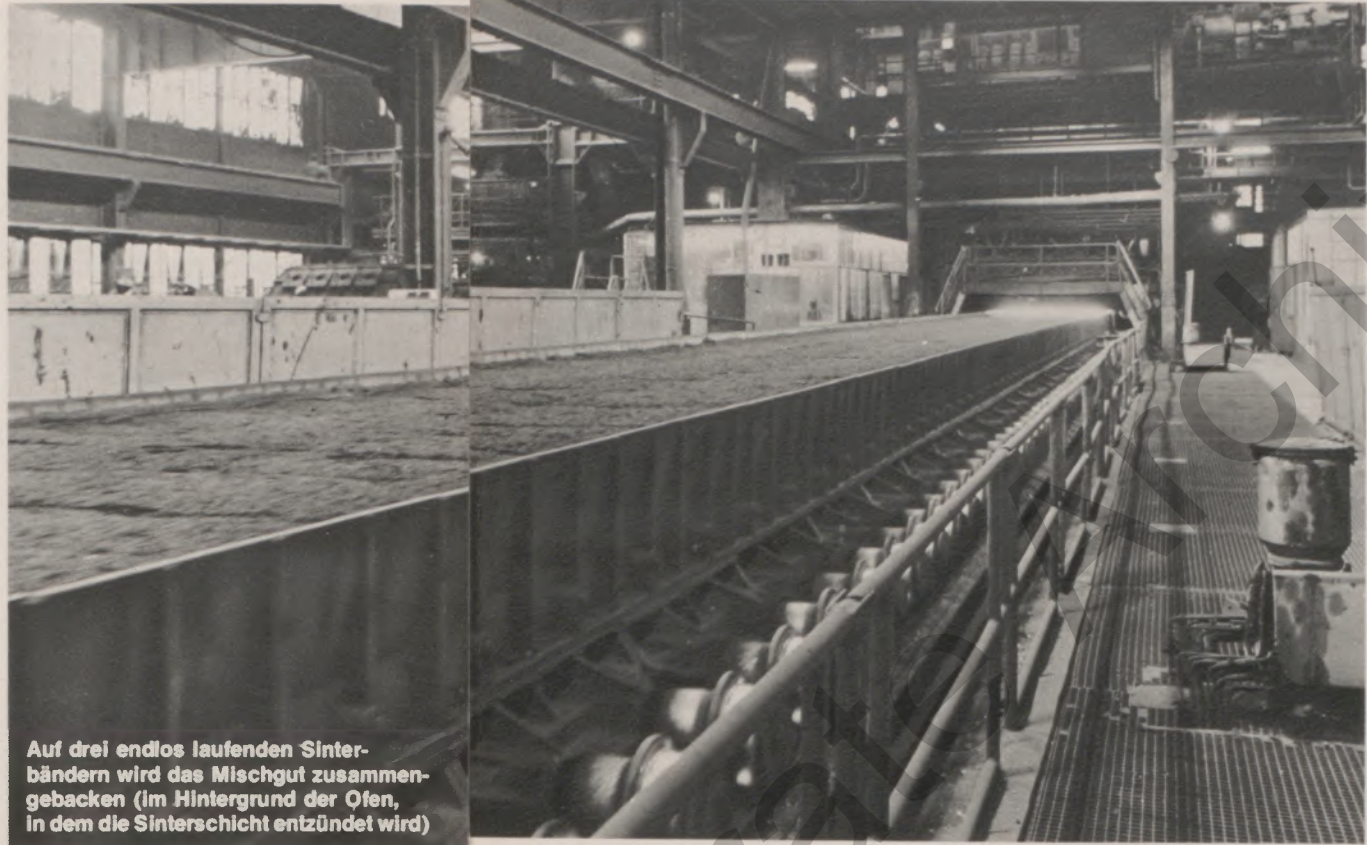
Unter Berücksichtigung – des Energieprogramms der Bundesregierung und – des 3. Änderungsvertrages zur weiteren Konsolidierung des Unternehmens ist für die Ruhrkohle AG die wichtigste Zielsetzung in den nächsten Jahren, eine befriedigende Ertragslage zu erreichen.

Sie dient – einer dauerhaften Absicherung des Unternehmens und – der Herstellung und Sicherung der erforderlichen Rentabilität als Rohstoff- und Energielieferant. Die Erreichung dieser Zielsetzung ist Voraussetzung für – die Erfüllung der energiewirtschaftlichen Aufgaben, – die Sicherung der Arbeitsplätze, – die Erwirtschaftung der notwendigen Investitionsmittel zur mittel- und langfristigen Kapazitätserhaltung und – die Entwicklung neuer Technologien zur langfristigen Absatzsicherung.

Zur Sicherung der künftigen Energieversorgung werden gerade von den deutschen Steinkohlenunternehmen und seinen Belegschaften große Anstrengungen unternommen werden müssen. Der Bergbau begrüßt deshalb die Fortschreibung des Energieprogramms sehr, auch wenn – was das Zahlengerüst angeht – nicht immer alles meines Erachtens Erforderliche berücksichtigt wurde. Wir glauben, daß einige Entwicklungen anders verlaufen werden.

Entscheidend ist jedoch die Tatsache, daß die deutsche Steinkohle als Grundelement einer sicheren Energieversorgung und einer ausgeglichenen Energiepolitik nicht nur anerkannt, sondern auch energiepolitisch eingesetzt wird.

Wir sagen unsererseits zu, nicht nur „Kosten zu machen und sie uns bezahlen zu lassen“, sondern weiter an der Schaffung eines hohen Leistungsstandards zu arbeiten, so intensiv wie möglich zu rationalisieren und unsere Unternehmen so dynamisch zu führen, wie es die Bergbauwirtschaft überhaupt zuläßt.



Auf drei endlos laufenden Sinterbändern wird das Mischgut zusammengebacken (Im Hintergrund der Ofen, in dem die Sinterschicht entzündet wird)

Von den sieben bis acht Millionen Tonnen Erz, die die Erzauflbereitung jährlich zu bewältigen hat, werden 50 v. H. in Form von Sinter, 43 v. H. als Pellets und nur 5 v. H. als Stückerz den Hochöfen zugeführt. Das zum Zweck besserer Verarbeitung zusammenzubackende Feinerz wird vor dem Sintern oder Pelletieren auf Mischfeldern mit Hilfs- und Zuschlagstoffen angereichert und zu einer gleichbleibenden Mischung verarbeitet.

Drei Sinterbänder

Im Bereich der Sinteranlage wird das Gemisch auf zehn Bunker verteilt, aus denen – über Wiegedosierbänder – die beiden Mischstrecken gespeist werden. Auch der Brennstoff – Koks bis drei Millimeter – und ungelöschter Kalk und Wasser sind nun dem Erzgemisch zugesetzt. Von den Mischstrecken läuft das Mischgut in drei sich drehende Mischer und gelangt schließlich über zehn Meter lange Nachmischtrommeln auf die drei 1956, 1960 und 1963 in Betrieb genommenen Sintermaschinen. Auf dem Weg zum Sinterband kann das Gemisch je nach Bedarf aufgrund sofort analysierter Proben durch ein Mehr oder Weniger an ungelöschtem Kalk beeinflusst werden. Auch der Feuchtegehalt wird noch einmal im letzten Augenblick korrigiert.

Die drei endlos laufenden Sinterbänder setzen sich aus 97 bis 113 Röstwagen zusammen und sind zweieinhalb bis drei Meter breit. Unterhalb angebrachte Saugkästen saugen Luft durch die bis zu vierzig Zentimeter dicke Sinterschicht und ermöglichen den Brand des Kokses. Die drei Maschinen haben zusammen eine Saugfläche von 350 Quadratmeter.

Sintern und Pelletieren



Der fertige Sinter kühlt mit Hilfe durchgeblasener Luft auf drei runden Zellenkühlern ab

Der zusammengebackene Sinter fällt an der Abwurfseite in einen Brecher und geht über ein Warmesieb zu den drei runden Zellenkühlern, in denen er mit Hilfe durchgeblasener Luft abgekühlt wird. Von den drei Kühlern wird der Sinter zu drei Siebanlagen mit den entsprechenden Bunkern und schließlich über weitere Bänder bis zu den Hochöfen transportiert.

Pelletieren auf 430 Quadratmeter

Auch in der Pelletieranlage wird das Feinerz zusammengebacken: Hier entstehen in Trommeln geformte und im Ofen gebrannte kirschgroße Erzkugeln. Die 1970 in Betrieb genommene Pelletieranlage hat eine Kapazität von jährlich 3,5 Millionen Tonnen Pellets.

Zunächst wird das feuchte Erz über ein Wiegedosierband aus dem Vorratsbunker abgezogen und in

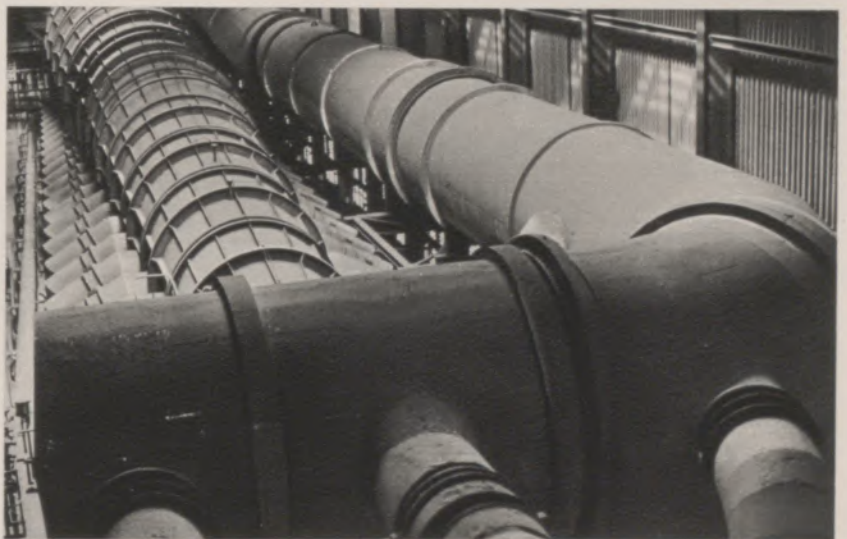
Neues von Hoogovens

Wo und wie arbeiten unsere holländischen Partner? Was ist an der Nordseeküste anders als an der Ruhr? Folgen wir in einer Reihe von Berichten dem Produktionsfluß in Ijmuiden und stellen Schritt für Schritt die Arbeitsstätten unserer holländischen Kollegen vor. Nach unserem einleitenden Besuch im Hafen berichteten wir in Heft 9/1974 über den Weg des Erzes vom Erzlager zu den Mischfeldern: Heute stellen wir die Sinter- und Pelletieranlagen vor, in denen das von den Mischfeldern kommende Erz für den Einsatz im Hochofen vorbereitet wird.

Erzaufbereitung in Ijmuiden



Das angefeuchtete Erzmehl wird in sieben zehn Meter langen Trommeln zu kugelförmigen Pellets geformt



▲ 123 Meter lang ist die Brennmaschine mit einer Nutzfläche von 430 Quadratmeter Röstband

die vierzehn Meter lange und 4,4 Meter dicke Kugelmühle gekippt. Sie ist in zwei Kammern unterteilt: in der ersten wird das Erz mit 600 °C heißer Luft getrocknet, in der zweiten wird es fein gemahlen.

Nun muß das Erzmehl mit Ben-

tonit – einem Ton mit starkem Quellungsvermögen – vermischt und mit Wasser durchfeuchtet werden. Das geschieht in drei Mischern über Wiegedosierbänder und Mischer.

Besonders eindrucksvoll für den Besucher ist das darauf folgende Formen der kugelförmigen Pellets in sieben zehn Meter langen Pelletier-trommeln. Die schräg gestellten, sich drehenden Trommeln nehmen über eigene Bunker und Drehtische das angefeuchtete Erzgemisch auf. Durch die Drehbewegung der Trommeln formen sich die Pellets, die über ein Sammeltransportband der Brennmaschine zugeführt werden.

Die insgesamt 123 Meter lange Brennmaschine hat eine Nutzfläche von 430 Quadratmeter. Um die 187 Röstwagen, aus denen das 3,5 Meter breite Röstband besteht, vor Überhitzung zu schützen, wird zuerst eine zehn Zentimeter dicke Schicht aus bereits gebrannten Pellets auf die Röststäbe aufgebracht. Auf diese Schutzschicht werden die nassen Pellets bis zu einer Schichtdicke von dreißig Zentimeter aufgetragen. In einer Trockenzone werden die Pellets getrocknet, dann in einem durch Erdgasbrenner auf 1350 °C erhitzten Luftstrom gebrannt und schließlich in zwei Kühlzonen abgekühlt.

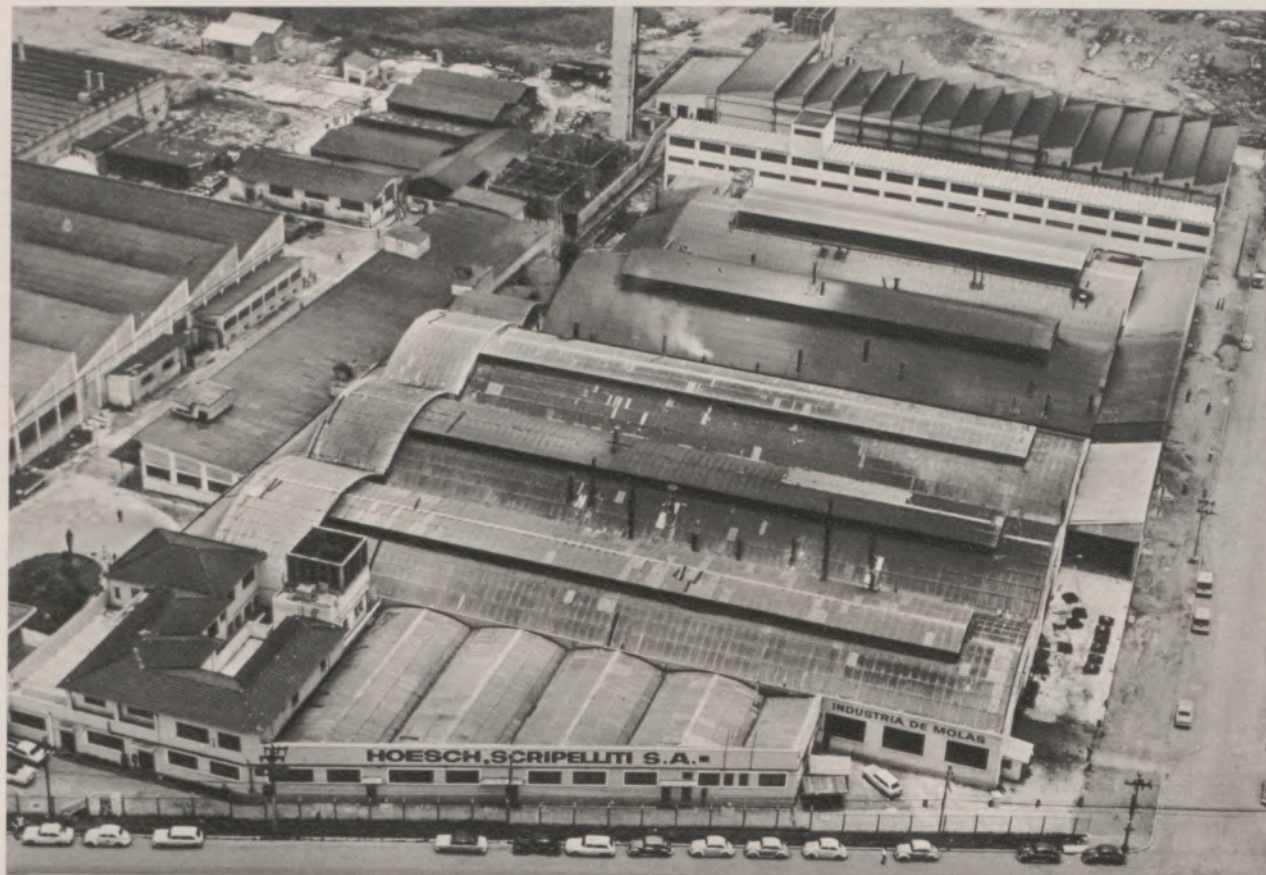
Das Röstband kippt die Pellets in den Abwurfbunker, aus dem sie über Schüttelrinnen und Transportbänder zur Sieberei und den beiden Endbunkern wandern, von denen die Bänder zu den Hochöfen laufen.

Die Hoesch Scipelliti SA Industria de Molas kann sich sehen lassen

22 Fotos aus São Paulo



Das modernste und größte Federnwerk Lateinamerikas – die Hoesch Scipelliti SA Industria de Molas – kann sich sehen lassen. Das bestätigen auch die



Rund 20 000 Quadratmeter groß sind die Werkhallen von Hoesch Scipelliti am Stadtrand von São Paulo

1

Werk im Bild

zweiundzwanzig Fotos, die wir kürzlich von drüben erhielten. Sie bieten ein eindrucksvolles Bild von der Arbeit unserer rund 900 Mitarbeiter im brasilianischen São Paulo, die monatlich etwa 1600 Tonnen Federungselemente – und neuerdings auch Federnägel zur Schienenbefestigung – herstellen.



Blick in ein Großraumbüro mit Mitarbeitern des Einkaufs und des Rechnungswesens

2



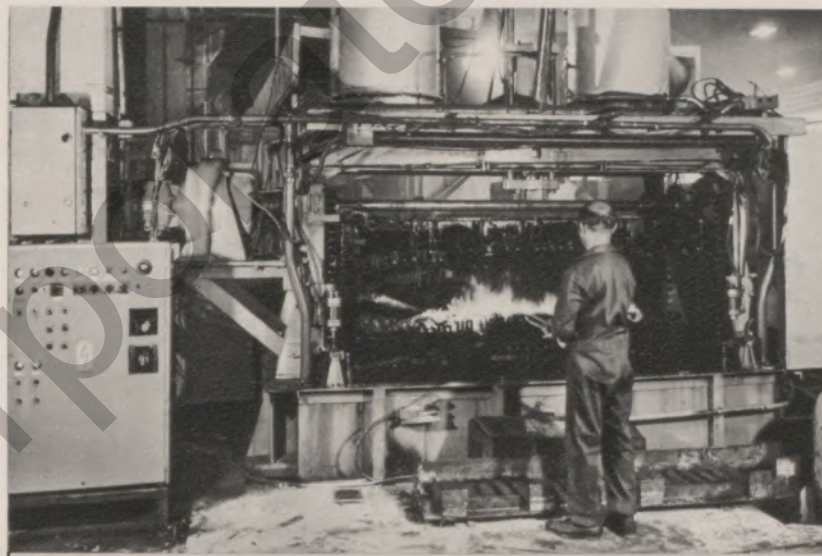
Vormateriallager

3



Im Wärmeofen (links) werden die Enden der einzelnen Federlagen erhitzt, an die anschließend Blattfederaugen angerollt werden (in der Maschine rechts)

4



Einlegen der einzelnen Federlagen in die Biege- und Härtemaschine

5



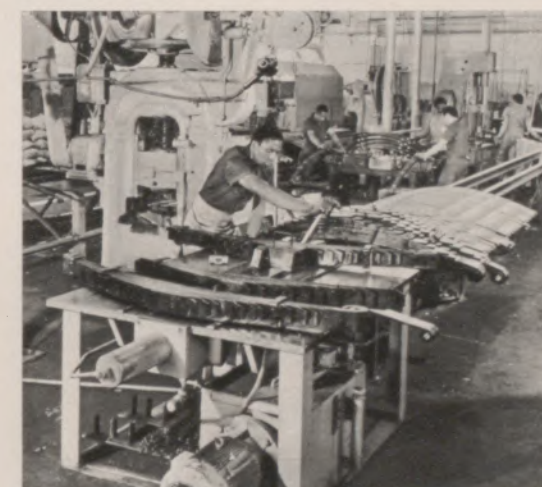
Die gebogenen und gehärteten Blattfederlagen kommen aus dem Anlaßofen (links)

6



Die Federaugen werden bearbeitet: zunächst aufgefräst, dann wird eine Bronzebüchse eingedrückt, die aufgebohrt wird (unser Bild)

7



Die einzelnen Lagen werden zu Blattfedern – hier für Lastwagen – zusammengebaut

8

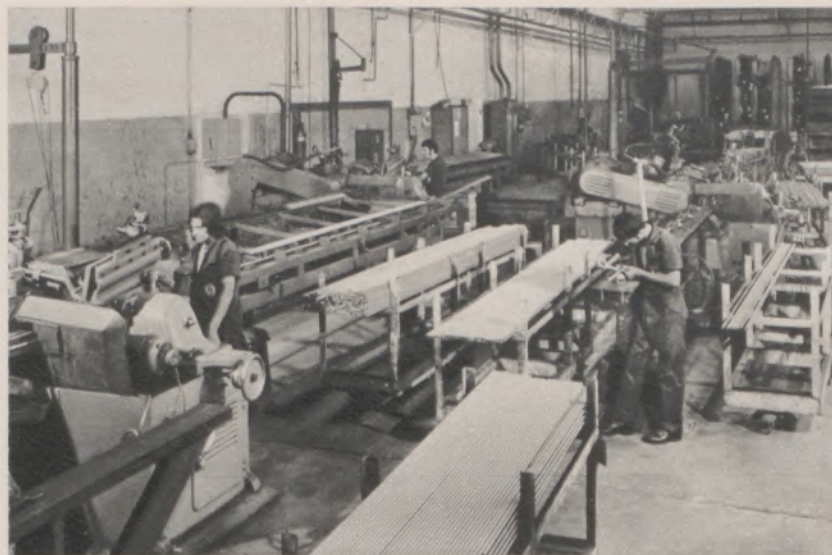


Die Qualität der Federn wird kontrolliert

9

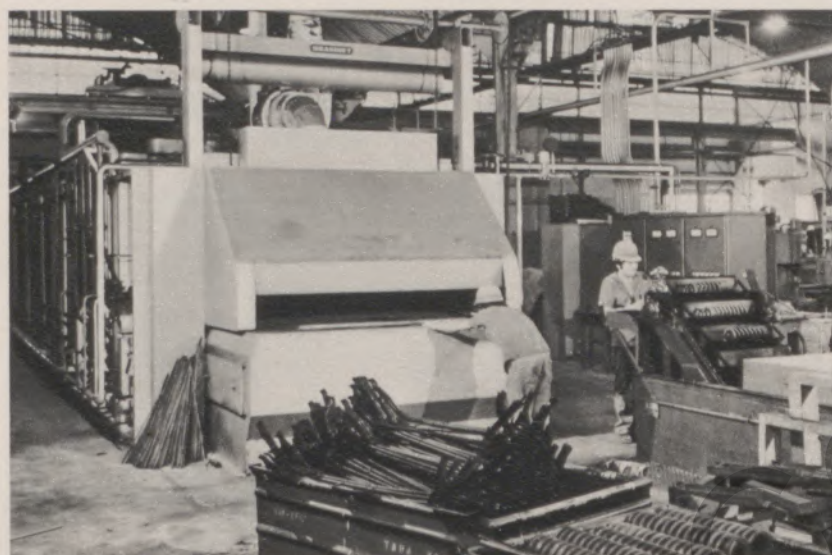


Werk im Bild



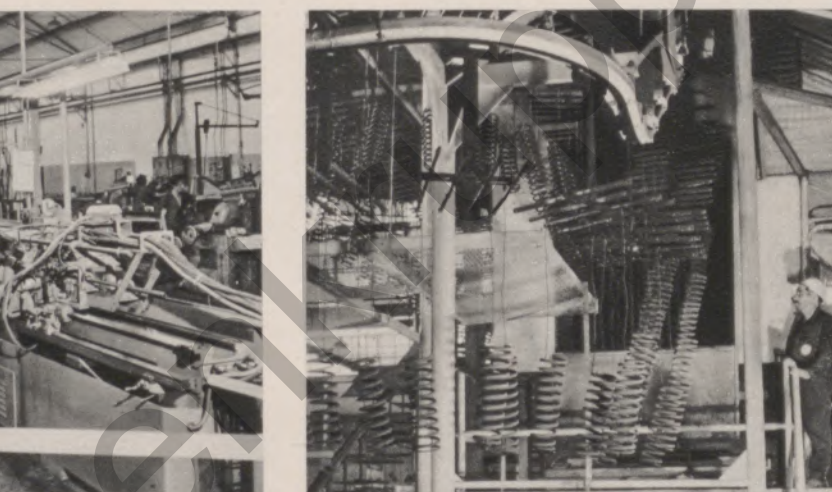
Vorbereitung des Vormaterials für Schraubenfedern, Stabilisatoren und Drehstäbe: Spitzenlosschleifen und Schneiden

10



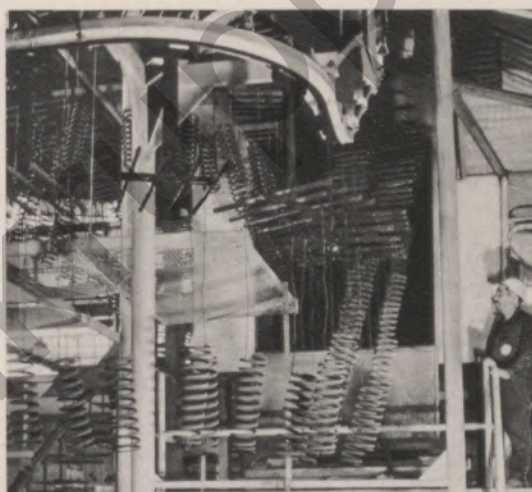
Nach dem Härten (rechts Auslauf der Härtemaschine) folgt das Anlassen im Durchlauf-Anlaßofen (links)

12



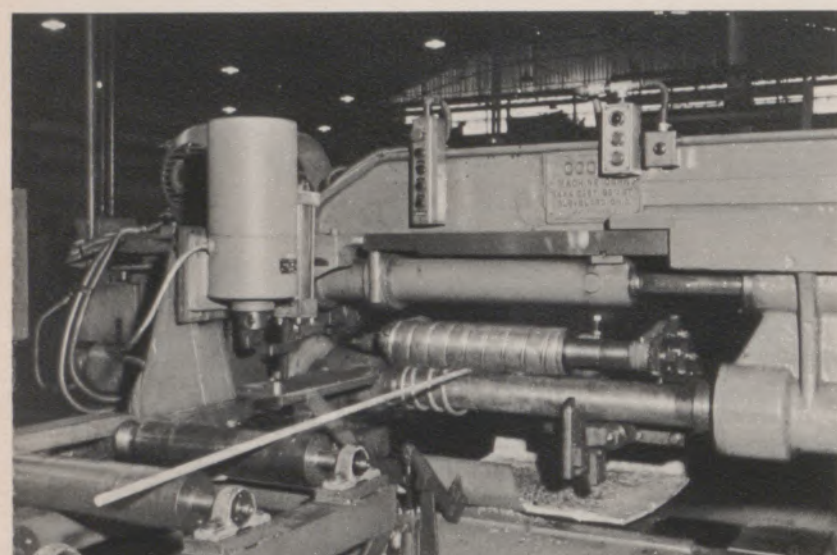
Eine moderne Spielart der Schraubenfedern sind „progressive Schraubenfedern mit veränderlichem Stabdurchmesser“

14



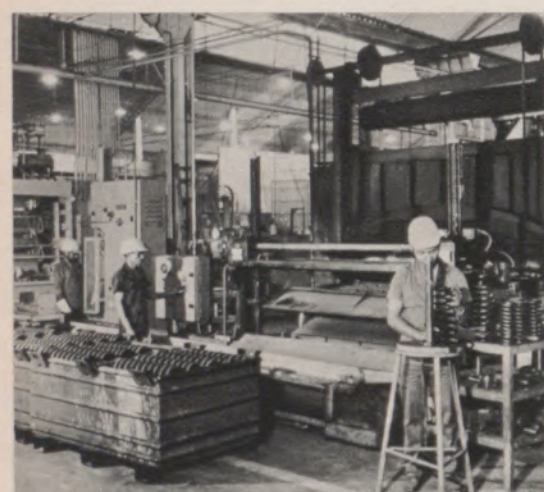
Die lackierten – pulverbeschichteten – Federn im Vordergrund laufen in den Trockenofen, den sie glänzend (oben) verlassen

15



Die auf 860 °C erhitzten Rundstäbe werden zu Schraubenfedern gewickelt

11



Rechts der Anlaßofen, links die hydraulische Presse, auf der die Federn „gesetzt“ (auf Blockhöhe zusammengepreßt) werden

13

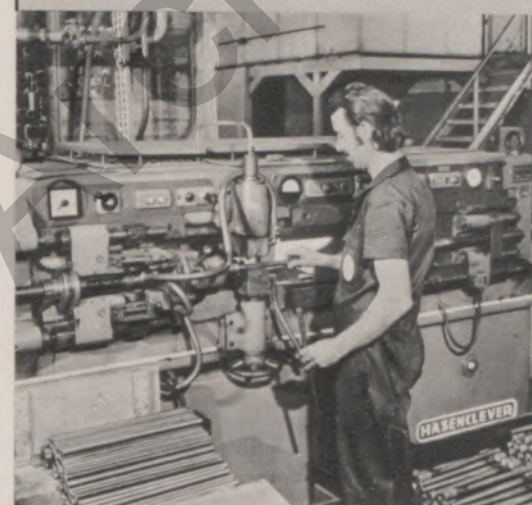
Jede einzelne Feder wird vor dem Versand geprüft

16



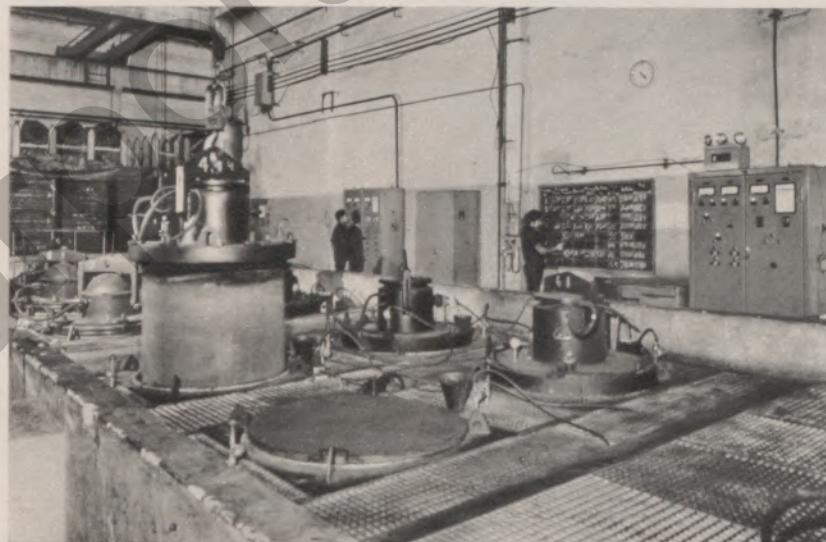
Anstauchen der Köpfe bei der Drehstab-Fertigung

17



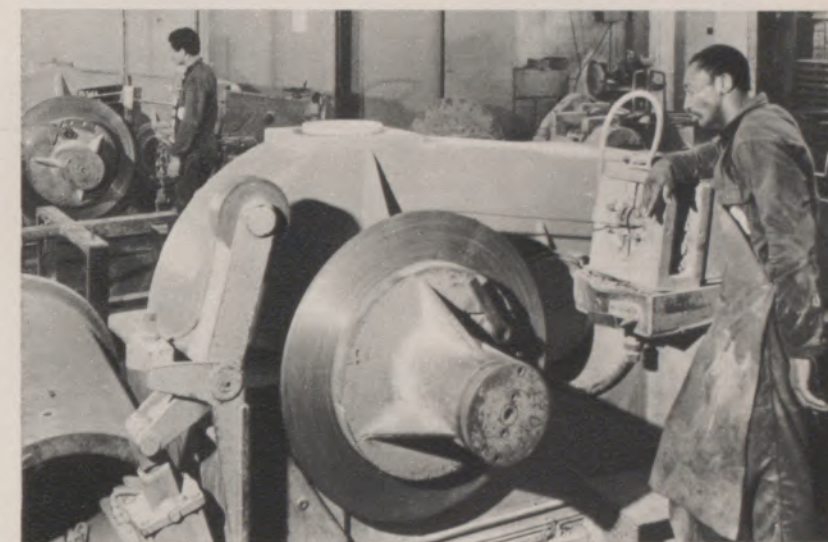
In einer Salzbadanlage werden die Drehstäbe vergütet

18



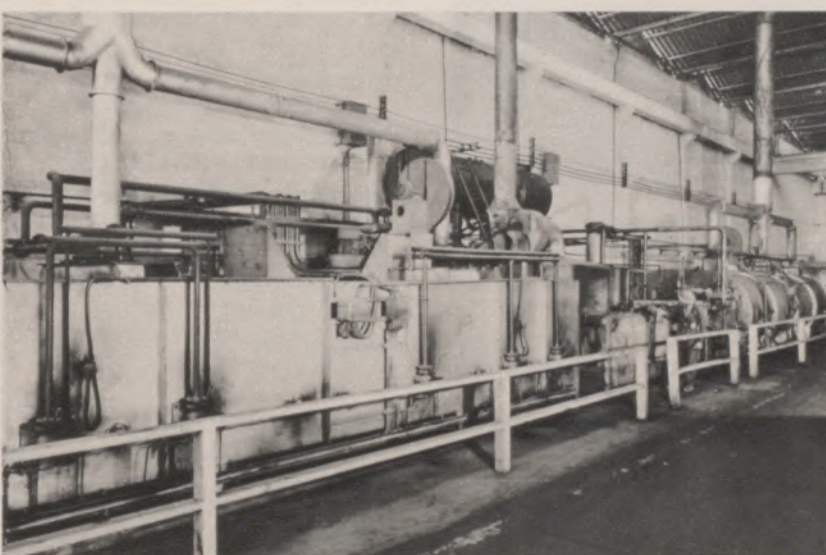
Als Vormaterial für VW-Flachfedern werden Coils in einer Schutzgas-Schachtglühe weichgeglüht

19



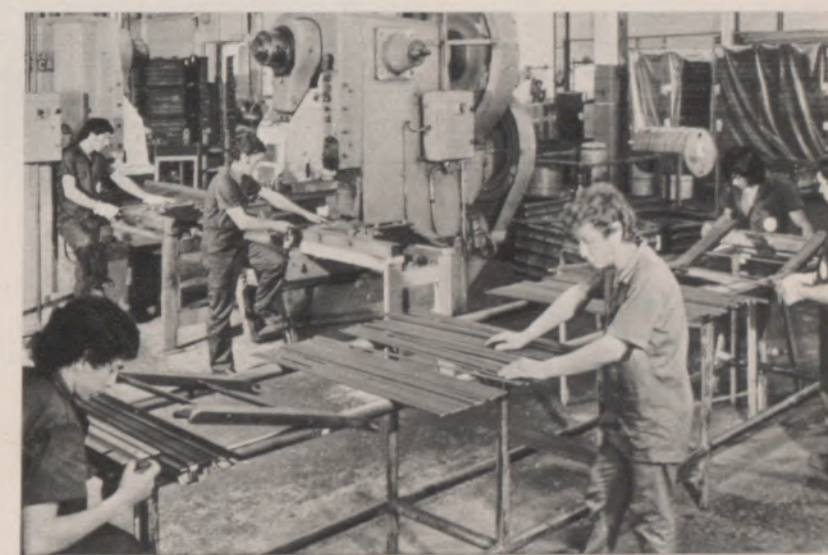
Die Bänder werden auf Fertigmaß gezogen

20



Die Flachfedern werden vollkontinuierlich weiterbearbeitet: durch Härten, Waschen, Anlassen, Kugelstrahlen und Bondern

21



Ablängen und Endkontrolle der Flachfedern

22

Größere Rechte und größere Pflichten besitzen die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen, seitdem das Gesetz zur Neuregelung des Volljährigkeitsalters in Kraft trat. WERK UND WIR fragte Assessor Helmut Munk nach den wichtigsten Veränderungen.



WERK UND WIR: Was bedeutet die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Herabsetzung der Volljährigkeit für die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen?

MUNK: Sie haben nunmehr in allen Lebensbereichen grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten wie jeder Erwachsene.

WERK UND WIR: Wie hoch ist die Zahl der „Betroffenen“?

MUNK: Es sind alle, die am 1. Januar 1975 das 18., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet haben – das sind etwa 2,5 Millionen junge Männer und Frauen. Bei ihnen allen dürfte zunächst die Genugtuung über den Zuwachs an Rechten und Freiheiten im Vordergrund stehen. Die Ausübung der neuerworbenen Rechte hat jedoch einen ebenso großen Zuwachs an Pflichten und Verantwortlichkeit zur Folge, dem sich die Betroffenen grundsätzlich nicht mehr unter Berufung auf ihre Jugend und Unerfahrenheit entziehen können.

WERK UND WIR: Sie verwenden zum zweitenmal ein einschränkendes „Grundsätzlich“. Gibt es Ausnahmesituationen, in denen die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen nicht wie Erwachsene behandelt werden?

MUNK: In der Tat. Das Prinzip „gleiche Rechte und gleiche Pflichten“ oder „gleiche Freiheit und gleiche Verantwortlichkeit“ bleibt im strafrechtlichen Bereich weiterhin durchbrochen. Unbeschadet

der ausnahmslos mit Vollendung des 18. Lebensjahres eintretenden Volljährigkeit unterscheidet das Strafverfahrensrecht weiterhin zwischen Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen: Die materiellen strafrechtlichen Gebote und Verbote – zum Beispiel die Verbote, dritte Personen durch eine Körperverletzung in ihrer Gesundheit, durch Diebstahl, Unterschlagung oder Betrug in ihrem Eigentum und Vermögen zu schädigen – gilt selbstverständlich für alle Personen unabhängig von ihrem Alter. Nur das Ob und Wie der Bestrafung ist

wandel anzuhalten, der ihn nach Möglichkeit vor der Begehung weiterer Straftaten bewahrt. Erweist sich dies aufgrund der Schwere der begangenen Straftat oder aufgrund der dabei offenbarten kriminellen Neigung des jugendlichen Täters nicht als ausreichend, können die sogenannten Zuchtmittel wie Jugendarrest oder die Zahlung eines Geldbetrages zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung angeordnet werden, die sowohl Erziehungs- als auch Sühnefunktion haben. Erst wenn weder Erziehungsmaßregeln noch Zuchtmittel ge-

wachsende einstuft, überträgt es den Strafgerichten im Einzelfall die Entscheidung darüber, ob ein Heranwachsender nach seiner tatsächlichen geistigen und charakterlichen Reife noch wie ein Jugendlicher oder schon wie ein Erwachsener zu bestrafen ist. Obwohl sich also die Achtzehnjährigen in allen übrigen Lebensbereichen als Erwachsene unbeschränkt selbst verantwortlich verhalten dürfen und entsprechend behandeln lassen müssen, räumt ihnen das Strafverfahrensrecht eine Vorzugsstellung ein, die auf ihre jugendliche

Mit 18 volljährig



Unerfahrenheit, Unbesonnenheit und auf den in Einzelfällen anzutreffenden Mangel an persönlicher Reife Rücksicht nimmt. Ich halte es allerdings nicht für ausgeschlossen, daß in Zukunft mancher Richter angesichts der vorverlegten Volljährigkeit zurückhaltender wird, jedem Betroffenen die Nachsicht des Jugendstrafrechts zuzubilligen.

WERK UND WIR: Welche weitere Konsequenzen hat es, „erwachsen“ zu sein?

MUNK: Die Antwort fällt unterschiedlich aus, je nach dem Lebensbereich.

WERK UND WIR: Wie verändert sich das Verhältnis der Achtzehnjährigen zu ihren Eltern?

MUNK: Hier steht der Zuwachs an „Freiheit vor elterlicher Personensorge“ ganz im Vordergrund: Der unter dem Begriff „elterliche Gewalt“ zusammengefaßte, sehr umfangreiche Komplex der elterlichen Rechte und Pflichten ist ersatzlos aufgehoben. Damit ist die Erziehungsaufgabe der Eltern rechtlich, wenn auch vielleicht nicht tatsächlich, beendet. Die Achtzehnjährigen können unter anderem ohne Zustimmung der Eltern selbst bestimmen, wo sie sich aufhalten, ob und wo sie einen eigenen Wohnsitz begründen, in welchem Personenkreis sie sich bewegen, und was sie mit ihrem Einkommen und Vermögen anfangen.

WERK UND WIR: Heißt das, daß die Eltern ihren achtzehn- bis einundzwanzigjährigen Kindern in entsprechendem Umfang auch nicht mehr verpflichtet sind?

MUNK: Im Prinzip schon. Das zeigt sich am deutlichsten im Falle der Vormundschaft über einen bisher Minderjährigen; sie endet automa-

unterschiedlich geregelt: Wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann strafrechtlich überhaupt nicht zur Verantwortung gezogen werden, ist also strafunmündig. Wer zwar das 14., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist als Jugendlicher nur bedingt strafmündig; er ist in erster Linie durch Erziehungsmaßregeln – zum Beispiel durch die gerichtliche Weisung, einer geregelten Arbeit nachzugehen, einen festen Wohnsitz bei einer Familie oder in einem Heim zu nehmen, den Besuch von Gaststätten oder den Alkoholgenuß zu unterlassen – zu einem Lebens-

eignet und ausreichend erscheinen, dem Jugendlichen das Unrecht seiner Tat zum Bewußtsein zu bringen und ihn für die Zukunft zu einem straffreien Lebenswandel anzuhalten, kann auf Jugendstrafe erkannt werden, deren Vollzug in besonderen Jugendstrafanstalten jedoch mehr der sozialen Förderung als der Sühne dienen soll, und deren Dauer in der Regel wesentlich geringer und flexibler gehalten ist als in vergleichbaren Fällen die gegen Erwachsene verhängte Strafe.

Indem das Jugendgerichtsgesetz die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen nach wie vor als Heran-

tisch mit Eintritt der Volljährigkeit, so daß dann der Vormund aller Rechte und Pflichten für die Zukunft enthoben ist. Auch die Eltern können ablehnen, die Geld- und Vermögensangelegenheiten ihrer nunmehr erwachsenen Kinder zu regeln. Mangels Erziehungs- und Aufsichtspflicht haften die Eltern nicht mehr für das Verhalten ihrer Kinder, was zur Konsequenz hat, daß für die mehr als Achtzehnjährigen in der Regel der Schutz der Familienhaftpflichtversicherung ihrer Eltern verlorengeht, selbst wenn sie weiterhin im elterlichen Haushalt leben.

WERK UND WIR: Berührt das Gesetz auch den Unterhaltsanspruch gegen die Eltern, wenn sich ein Achtzehnjähriger noch in der Ausbildung befindet und kein eigenes Einkommen hat?

MUNK: Der Unterhaltsanspruch zwischen Eltern und Kindern ist unabhängig vom Alter. Er richtet sich ausschließlich nach den berechtigten Bedürfnissen des Unterhaltsberechtigten und der Leistungsfähigkeit des Unterhaltsverpflichteten. Da es nach meiner Erfahrung weithin unbekannt ist, möchte ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich klarstellen, daß ebenso wie die Eltern gegenüber ihren Kindern auch die Kinder gegenüber ihren Eltern zum Unterhalt verpflichtet sind, falls die gar nicht so seltene Situation eintritt, daß die Eltern bedürftig werden und die Kinder über ausreichende Einkommen verfügen. Entsprechendes gilt auch im Verhältnis zwischen Großeltern und Enkeln.

WERK UND WIR: Können die Achtzehnjährigen jetzt ohne weiteres eine eigene Familie gründen?

MUNK: Selbstverständlich. In diesem Zusammenhang ist gleichzeitig ein weiteres Stück Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau hergestellt worden. Während bisher die Frau mit Vollendung des 16. Lebensjahres ehemündig wurde, der Mann hingegen erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres, wobei unter recht engen Voraussetzungen die vorzeitige Ehemündigkeit durch das Vormundschaftsgericht hergestellt werden konnte, tritt seit dem 1. Januar 1975 die Ehemündigkeit für Mann und Frau gleichermaßen mit Vollendung des 18. Lebensjahres, also mit der Volljährigkeit ein.

WERK UND WIR: Wie wirkt sich der frühere Eintritt der Volljährigkeit im Arbeitsleben aus, insbesondere bei den Auszubildenden dieser Altersgruppe?

MUNK: Vor allem dadurch, daß die Achtzehnjährigen und Älteren ihren Beruf und Arbeitsplatz unabhängig vom Willen ihrer Eltern frei

wählen können, indem sie zum Beispiel – hoffentlich nach guter Beratung – bestehende Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnisse durch Kündigung beenden und entsprechende neue Verträge ihrem Wunsch entsprechend eingehen können. Es geht aber nicht nur um diese richtungsweisenden Ereignisse im Arbeitsleben des jeweils Betroffenen. Die Volljährigkeit wirkt sich bei den kleinen Anlässen des Alltags auch dadurch aus, das ein Achtzehnjähriger, der der Schule oder der Arbeit ferngeblieben ist, seine Entschuldigung in Zukunft selbst und nicht durch seine Eltern vorzubringen hat. Hinsichtlich der betrieblichen Mitbestimmung sei angemerkt, daß ja bereits das Betriebsverfassungsgesetz in der Neufassung vom 15. Dezember 1972 das aktive und passive Wahlrecht zum Betriebsrat einheitlich auf die Vollendung

zung des Volljährigkeitsalters. Bei der Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf vollendete achtzehn Lebensjahre im Jahre 1970 wurde gleichzeitig das passive Wahlrecht an den Eintritt der Volljährigkeit gebunden, so daß infolge der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters nunmehr auch das passive Wahlrecht mit achtzehn Jahren beginnt. Sämtliche Parlamente von der Gemeinde- bis zur Bundesebene und sämtliche politischen Ämter stehen daher heute den Achtzehnjährigen – zumindest theoretisch – offen. Das aktive und passive Wahlrecht zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen, der Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern ist nunmehr entsprechend ausgetastet.

WERK UND WIR: Können denn die Achtzehn- bis Einundzwanzig-

nungen mieten und die zugehörige Einrichtung anschaffen, Grundstücke kaufen, Abzahlungs-geschäfte tätigen, mit Scheck bezahlen, Wechsel akzeptieren und Bürgschaften übernehmen, sogar Firmen gründen und Geschäftsanteile von wirtschaftlichen Unternehmen erwerben, gleichgültig, wie groß das damit verbundene wirtschaftliche Risiko ist. Wahrscheinlich ist die Einstellung des Gesetzgebers gar nicht lebensfremd, daß bei einer Vielzahl derartiger Geschäfte auch ein dreißig- oder vierzigjähriger Durchschnittsbürger gleich unerfahren und schutzbedürftig ist wie ein achtzehn- bis einundzwanzig-jähriger. Ein wirksamer Schutz kann daher nicht dadurch erreicht werden, daß man die Grenze der Volljährigkeit hochhält, sondern nur dadurch, daß man den mit derartigen Geschäften für weite Bevölkerungskreise gleich welchen

Brückenschlag beim Handel

Die Mitarbeiter der Hoesch Handel AG – mit den Bereichen Zentrale, Niederlassung Dortmund und Export – kommen jetzt, ohne sich nasse Füße zu holen, vom Gebäude Elisabethstraße zum Gebäude Süd-

wall. Für den Weg zum Kollegen ist Mantel und Hut beim Passieren der neuen Fußgängerbrücke – verkleidet mit HOESCH-isowand, geplant vom Liegenschaftswesen, ausgeführt von der Abteilung Stahlbau der Siegerlandwerke – nicht mehr notwendig.



des 18. Lebensjahres terminiert hat, während zuvor das passive Wahlrecht, also die Wählbarkeit, von der Vollendung des 21. Lebensjahres abhängig war.

WERK UND WIR: Mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen auch alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten uneingeschränkt?

MUNK: So ist es. Nicht zuletzt die bereits früher mit Vollendung des 18. Lebensjahres beginnende Wehrpflicht war ein starkes Argument für die allgemeine Herabset-

jährigen jetzt auch unbeschränkt am Wirtschaftsleben teilnehmen, obwohl ihnen doch für größere Geschäfte die Erfahrung, vielleicht auch die notwendige Besonnenheit fehlt, und obwohl der Gesetzgeber im übrigen den Schutz des unerfahrenen Verbrauchers groß auf seine Fahne geschrieben hat?

MUNK: Hier bewahrheitet sich das Prinzip „Gleiche Rechte – Gleiche Pflichten – Gleiches Risiko“ mit voller Schärfe. Die Achtzehn- bis Einundzwanzigjährigen können wie alle übrigen Erwachsenen Kraftfahrzeuge kaufen und mieten, Woh-

Alters verbundenen Gefahren entgegenwirkt. Insofern stehen zum Beispiel die in jüngster Zeit erfolgten Novellierungen des Abzahlungsgesetzes, des Maklerrechts, der Gewerbeordnung, insbesondere des Rechtes der Kauf- oder Bauvertragsverträge über Eigentumswohnungen und Eigenheime sowie die beabsichtigte Gesetzgebung zum Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter dem Stichwort „Schutz des unerfahrenen Verbrauchers“ in einem größeren sachlichen Zusammenhang zur Herabsetzung des Volljährigkeitsalters.

Am 5. Dezember hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung“ verabschiedet. Das Gesetz, das in zwei Teile (arbeitsrechtliche und steuerrechtliche Vorschriften) gegliedert ist, trat am 22. Dezember 1974 in Kraft. Der Grund für diese Eile: Am 31. Dezember 1974 endeten viele Arbeitsverhältnisse, für die die Normen des neuen Gesetzes bereits gelten.

Für die Arbeitnehmer hat das Gesetz eine außerordentlich große Bedeutung: In über 80 000 Unternehmen der Bundesrepublik gibt es betriebliche Altersversorgungswerke. Sie erfassen rund 12 Millionen Arbeitnehmer oder rund 45% der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft. Bezieht man die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes mit ein, verfügt etwa die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten neben der gesetzlichen Rentenversicherung über eine betriebliche Zusatzversorgung.

Altersversorgungsansprüche bleiben erhalten

Eine Anwartschaft auf Werksrente ist unverfallbar, wenn der Arbeitnehmer beim Ausscheiden

- das 35. Lebensjahr vollendet hat und
- die Versorgungszusage mindestens 10 Jahre besteht oder der Arbeitnehmer 12 Jahre dem Unternehmen angehört und die Versorgungszusage mindestens seit 3 Jahren besteht.

Die Hoesch-Pensionsordnung wurde für alle Belegschaftsmitglieder eingeführt, daher beginnt der Zusagezeitraum beim Eintritt und ist hinsichtlich der Unverfallbarkeit nach 10 Jahren erfüllt.

Beim Eintritt des Versorgungsfalles wird für den ausgeschiedenen Arbeitnehmer, der eine unverfallbare Anwartschaft erworben hat, die Zahlung der Werksrente entsprechend seinem erworbenen Teilanspruch fällig. Der Teilanspruch bemißt sich nach dem Verhältnis der tatsächlichen zur möglichen Dauer der Betriebszugehörigkeit bis zum Erreichen der Altersgrenze. Da die Hoesch-Pensionsordnung auf einem Gesamtversorgungssystem beruht, dessen Hauptbestandteil die Rente aus der Sozialversicherung darstellt, muß die künftige Sozialversicherungsrente aufgrund der Daten des Versicherungsverlaufs unter Berücksichtigung der noch fehlenden Versicherungsjahre bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres fiktiv ermittelt werden.

Über den unverfallbar gewordenen Werksrentenanspruch und seine Höhe erhält der Ausscheidende eine schriftliche Bestätigung vom Arbeitgeber.

Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung verabschiedet

Soziale Sicherheit im Alter weiter verbessert

Diesem Gesetz zufolge werden künftig die Arbeitnehmer zwei, häufig sogar drei Ansprüche haben, die zu einer wertvollen Aufstockung ihrer gesetzlichen Altersrente führen.

Betriebsrenten auch bei Pleiten geschützt

Die Betriebsrentenansprüche sind vor Pleiten geschützt. Dies geschieht durch die sogenannte „Insolvenzversicherung“: Alle Arbeitgeber, die eine betriebliche Alters-

versorgung aufgebaut haben, haften gemeinsam für „schwarze Schafe“ in ihren Reihen.

Zu diesem Zweck haben die Arbeitgeber und der Spitzenverband der Lebensversicherungsunternehmen einen privatrechtlichen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit gegründet, dem jedes Unternehmen, das eine betriebliche Altersversorgung aufgebaut hat, angehören muß. Würde sich dieser Verein, aus welchen Gründen auch immer, auflösen, wäre die Lastenausgleichsbank der Insolvenzsicherungsträger.

Gesetzliche Kontrolle verbessert

Der Entwurf berücksichtigt alle bislang bekannten Formen der betrieblichen Altersversorgung: a) die Direktversicherung (Lebensversicherung), b) die Direktzusage, c) die Pensionskassen (die unter Versicherungsaufsicht stehen) und d) die Unterstützungskassen.

Die Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung waren bisher schon steuerbegünstigt, daher war die Gemeinschaft aller Steuerzahler an den Leistungen beteiligt. Besonders Unterstützungskassen kamen erhebliche Steuervorteile zugute. Die betriebliche Altersversorgung bleibt auch weiterhin steuerbegünstigt, aber es wird darauf geachtet, daß Zuführungen und Leistungen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

Struktur- und konjunkturpolitische Nebenwirkungen

Vom Gesetz sind ferner Auswirkungen zu erwarten, die in konjunkturell schwierigen Situationen für die Arbeitnehmer und für die Tarifpartner hilfreich sein können:

Die Neuerung, daß betriebliche Altersversorgungsansprüche in Zukunft auch dann nicht verfallen, wenn das Arbeitsverhältnis – gleichgültig, ob vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer – aufgelöst wird, fördert die Mobilität der Arbeitnehmer. In einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs und des Strukturwandels am Arbeitsmarkt ist das besonders wichtig.

Der Insolvenzschutz nimmt all den Arbeitnehmern, die Versorgungsansprüche erworben haben, deren Firmen aber in Konkurs gehen, ihre Sorge um bereits erworbene Betriebsrentenansprüche.

Der Leistungsbeginn der betrieblichen Altersversorgung wird an die Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (bei Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze vom 63., Schwerbehinderte vom 62. Lebensjahr an), angeglichen. Ältere Arbeitnehmer erhalten also die Betriebsrente zusammen mit ihrer gesetzlichen Rente.

Der Geldwertentwicklung wird dadurch Rechnung getragen, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, alle drei Jahre eine Anpassung der Leistungen zu prüfen und hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden, wobei er die Belange des Versorgungsempfängers und seine eigene wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen hat.

Letzte Mahnung: Die neue Sammelmappe anfordern!



Auch für den Jahrgang 1975 unserer Werkzeitschrift stellen wir Ihnen wieder eine Sammelmappe zur Verfügung. In die Sammelmappe können Sie die WERK UND WIR-Hefte ohne Schwierigkeiten einhängen. Sie haben so die Möglichkeit, die Zeitschrift zu sammeln und geschützt aufzubewahren. Wünschen Sie eine Sammelmappe – gegen eine Schutzgebühr von 1,- DM, brauchen Sie nur eine Postkarte an WERK UND WIR, 46 Dortmund, Bornstraße 166, abzuschicken.

**Hoesch
Hüttenwerke AG**

2. 3. 1975
Karl Verstege

Werk Union
Personalwesen

9. 3. 1975
Heinrich Ahl

Werk Phoenix
Walzwerke Ph

11. 3. 1975
Heinrich Voß

Werk Phoenix
Werksicherheit

15. 3. 1975
Walter Grill
Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

15. 3. 1975
Emil Riebel
Werk Phoenix
Rechnungswesen

**Hoesch
Siegerlandwerke AG**

12. 3. 1975
Erich Klein

Werk Wissen
Sortierhaus

26. 3. 1975
Paul Stricker

Werk Wissen
Verzinnerei

**Dittmann
& Neuhaus AG**

1. 3. 1975
Wilhelm Schmidt

Mechanische Werkstatt

15. 3. 1975
Walter Weiss

Maschinenbetrieb

**Hoesch
Hüttenwerke AG**

1. 3. 1975
Karl Göске

Werk Union
Profilwalzwerke

1. 3. 1975
Karl Steinkühler

Werk Westfalenhütte
Mechan. Reparaturbetriebe

1. 3. 1975
Heinz Meiser

Werk Phoenix
Eisenbahnbetrieb

1. 3. 1975
Walter Bolte

Werk Phoenix
Neubauabteilung

1. 3. 1975
Albert Frese

Werk Phoenix
Neubauabteilung

1. 3. 1975
Arno Dey

Werk Westfalenhütte
Qualitätskontrolle

1. 3. 1975
Werner Hedtke

Werk Union
Mechan. Erhaltungsbetriebe

1. 3. 1975
Kurt Börner

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

1. 3. 1975
Werner Rahn

Werk Westfalenhütte
Eisenbahnbetrieb

1. 3. 1975
Heinz Schulz

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

1. 3. 1975
Friedrich Westphal

Werk Union
Allgemeine Verwaltung

2. 3. 1975
Wilhelm Hasenpusch

Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

2. 3. 1975
Willi Reinhold

Werk Phoenix
Oxygenstahlwerk

2. 3. 1975
Günter Kommode

Werk Westfalenhütte
Stoffwirtschaft

2. 3. 1975
Friedhelm Steinweg

Werk Phoenix
Energiebetriebe

2. 3. 1975
Albert Naßwetter

Werk Westfalenhütte
Werksicherheit

2. 3. 1975
Hugo Lorenz

Werk Union
Werksicherheit

2. 3. 1975
Herbert Rölleke

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

3. 3. 1975
Franz Jagodzinski

Werk Phoenix
Technische Stabstellen

3. 3. 1975
Manfred Kakies

Werk Westfalenhütte
Forschung und
Qualitätskontrolle

3. 3. 1975
Margarete Klöpfer

Werk Union
Verfrachtung

3. 3. 1975
Karl-Gustav Wieseemann

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

3. 3. 1975
Rolf Gödecke

Werk Union
Qualitätskontrolle

3. 3. 1975
Willi Teipel

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

3. 3. 1975
Heinz Kristall

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

3. 3. 1975
Rolf Barz

Werk Phoenix
Baubetriebe

4. 3. 1975
Rudolf Poppke

Werk Phoenix
Eisenbahnbetrieb

4. 3. 1975
Alfred Wortmann

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

6. 3. 1975
Friedhelm Neumann

Werk Union
Verfrachtung / Z

6. 3. 1975
Helmut Jans

Werk Westfalenhütte
Arbeitseinsatz

7. 3. 1975
Wilhelm Bechstein

Werk Phoenix
Produktionslenkung

7. 3. 1975
Helmut Weinhold

Werk Westfalenhütte
Block- und Profilwalzwerke

7. 3. 1975
Fritz Pättsch

Werk Phoenix
Fahrbetrieb

8. 3. 1975
Artur Schustereit

Werk Westfalenhütte
Hochofenbetrieb

9. 3. 1975
Werner Bornschlegel

Werk Westfalenhütte
Werksicherheit

9. 3. 1975
Heribert Seck

Werk Union
Energiebetriebe

10. 3. 1975
Günter Kirschstein

Werk Phoenix
Elektrotechnische Betriebe

11. 3. 1975
Bruno Bachmann

Werk Westfalenhütte
Siemens-Martin-Stahlwerke

13. 3. 1975
Hubertus Rest

Werk Union
Verkehrsbetriebe

13. 3. 1975
Edmund Oeking

Werk Westfalenhütte
Baubetriebe

13. 3. 1975
Heinrich Fuhrmann

Werk Westfalenhütte
Siemens-Martin-Stahlwerke

13. 3. 1975
Heinz Schäfer

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

14. 3. 1975
Walter Meister

Werk Phoenix
Oxygenstahlwerk

14. 3. 1975
Hans Brosda

Werk Westfalenhütte
Breitbandwalzwerk

14. 3. 1975
Leo Materna

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

15. 3. 1975
Horst Conrad

Werk Union
Rechnungswesen

15. 3. 1975
Wilhelm Hartmann

Werk Phoenix
Materialwirtschaft

15. 3. 1975
Karl Pröll

Werk Phoenix
Stahlwerke

15. 3. 1975
Otto Theis

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

15. 3. 1975
Rudolf Bohner

Werk Union
Profilwalzwerke

15. 3. 1975
Andreas Matuszak

Werk Union
Mechan. Reparaturbetriebe

16. 3. 1975
Artur Sor

Werk Phoenix
Walzwerke Ph

16. 3. 1975
Helmut Boenigk

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

16. 3. 1975
Heinz Riedel

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

16. 3. 1975
Eugen Armbrust

Werk Union
Mechan. Erhaltungsbetriebe

17. 3. 1975
Hans Wilhelm

Werk Westfalenhütte
Stahlwerke

17. 3. 1975
Paul Mlotek

Werk Union
Profilwalzwerke

17. 3. 1975
Lothar Henke

Werk Union
Siemens-Martin-Stahlwerke

18. 3. 1975
Bruno Gillner

Werk Westfalenhütte
Energiebetriebe

20. 3. 1975
Karl-Heinz Lindemann

Werk Westfalenhütte
Verkehrsbetriebe

20. 3. 1975
Heinz Thelen

Werk Westfalenhütte
Verkehrsbetriebe

20. 3. 1975
Wilhelm Lange

Werk Phoenix
Mechan. Reparaturbetriebe

20. 3. 1975
Eduard Bazyli

Werk Westfalenhütte
Stoffwirtschaft

20. 3. 1975
Horst Köhler

Werk Union
Mechan. Erhaltungsbetriebe

21. 3. 1975
Karl Späh

Werk Phoenix
Stahlwerke

21. 3. 1975
Karl Wille

Werk Phoenix
Walzwerke Ph

21. 3. 1975
Franz-Josef Sparenberg

Werk Phoenix
Stahlgießerei

22. 3. 1975
Wasyl Wowkowynski

Werk Union
Profilwalzwerke

22. 3. 1975
Gerd Ostermann

Werk Westfalenhütte
Drahtverfeinerung

22. 3. 1975
Friedrich Klejn

Werk Phoenix
Energiebetriebe

22. 3. 1975
Paul Pfeiffer

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

22. 3. 1975
Karl Winkes

Werk Westfalenhütte
Siemens-Martin-Stahlwerke

22. 3. 1975
Kurt Mieberg

Werk Westfalenhütte
Arbeitseinsatz

22. 3. 1975
Fritz Finzel

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

22. 3. 1975
Heinrich Weber

Werk Westfalenhütte
Stoffwirtschaft

22. 3. 1975
Heinz Kochanski

Werk Union
Profilwalzwerke

22. 3. 1975
Philippus Kielburger

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

22. 3. 1975
Heinz Engels

Werk Phoenix
Qualitätskontrolle

23. 3. 1975
Herbert Montowski

Werk Phoenix
Oxygenstahlwerk

23. 3. 1975
Emil Fiene

Werk Phoenix
Arbeitseinsatz

23. 3. 1975
Paul Lange

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

24. 3. 1975
Erhard Freier

Werk Phoenix
Walzwerke Ph

24. 3. 1975
Josef Stappert

Werk Phoenix
Mechan. Erhaltungsbetriebe

24. 3. 1975
Paul Gerkens

Werk Phoenix
Energiebetriebe

25. 3. 1975
Ernst Abendroth

Werk Westfalenhütte
Stahlwerke

25. 3. 1975
Ferdinand Gregor

Werk Westfalenhütte
Kaltwalzwerk

25. 3. 1975
Rolf Barnfeld

Werk Union
Profilwalzwerke

27. 3. 1975
Siegfried Achenbach

Werk Westfalenhütte
Hochofenwerk

27. 3. 1975
Herbert Rose

Werk Westfalenhütte
Sozialwirtschaftliche Betriebe

27. 3. 1975
Paul Tuke

Werk Westfalenhütte
Stoffwirtschaft

27. 3. 1975
Hermann Zielinski

Werk Westfalenhütte
Profilwalzwerke

27. 3. 1975
Horst Frieze

Werk Union
Elektrotechnische Betriebe

28. 3. 1975
Heinz Thiel

Werk Phoenix
Forschung und
Qualitätskontrolle

28. 3. 1975
Helmut Kalkowski

Werk Westfalenhütte
Arbeitseinsatz

29. 3. 1975
Heinz Wiemers

Werk Westfalenhütte
Block- und Profilwalzwerke

29. 3. 1975
Rudolf Pottinger

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

29. 3. 1975
Heinz Off

Werk Westfalenhütte
Mechan. Erhaltungsbetriebe

30. 3. 1975
Reinhold Smalla

Werk Westfalenhütte
Maschinenbetriebe

30. 3. 1975
Werner Strohbücker

Werk Phoenix
Umweltschutz

31. 3. 1975
Wilhelm Teichert

Werk Union
Walzendreherei

**Hoesch
Siegerlandwerke AG**

6. 3. 1975
Friedrich Bosch

Werk Eichen
Versuchsanstalt

6. 3. 1975
Kurt Grimm

Werk Eichen
Adjustage Kaltwalzwerk

6. 3. 1975
Gerhard Lütz

Werk Eichen
Glüherei

6. 3. 1975
Hans Stricker

Werk Eichen
Glüherei

11. 3. 1975
Albert Schreiber

Werk Eichen
Maschinenabteilung

16. 3. 1975
Friedrich Hensgen

Hauptverwaltung Siegen
Geschäftsbuchhaltung

20. 3. 1975
Thomas Schmitz

Werk Trier
Adjustage

**Hoesch Werke Hohen-
limburg-Schwerte AG**

28. 1. 1975
Werner Havemann

Warmwalzwerk Hohenlimburg
Verladung

1. 3. 1975
Helmut Dudda

Qualitätswirtschaft
Kundenberatung und
Reklamation

Warmband

**Hoesch Maschinen-
fabrik Deutschland AG**

DIE GESELLSCHAFTEN DER HOESCH WERKE AG

INLAND

Hütten- und Walzwerke

Hoesch Hüttenwerke AG Dortmund

Hoesch Siegerlandwerke AG Siegen

Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG Hohenlimburg

Döhner AG Letmathe

Weiterverarbeitung

Hoesch Röhrenwerke AG Hamm

Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG Dortmund

Schwinn AG Homburg/Saar

Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG Dortmund

Dittmann & Neuhaus AG Herbede/Ruhr

Blefa AG Kreuztal, Kr. Siegen

Hoesch Packband GmbH Schwelm

Handel und Export

Hoesch Handel AG Dortmund

Dortmunder Eisenhandel GmbH Dortmund

Schulte & Schemmann Hamburg

Titan Verpackungssysteme GmbH Schwelm

Angenendt Verpackungssysteme GmbH Achern

Schrottverwertung Celler GmbH Dortmund

Hoesch Brennstoffhandel GmbH Essen

Sonstige Beteiligungsgesellschaften

O & K Orenstein & Koppel AG Berlin/Dortmund

Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG Dornap

Dolomitwerke GmbH Wülfrath

Vereinigte Drahtseilwerke GmbH Dortmund

Gesellschaft für Metall Praecis-Formung mbH Westhofen

Hydropneumatik Federungselemente GmbH München

VACMETAL Gesellschaft für Vakuum-Metallurgie mbH Dortmund

Hoesch Liegenschaften GmbH Dortmund

Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH Dortmund

Industriewerte Versicherungskontor GmbH Dortmund

Mathematischer Beratungs- und Programmierungsdienst GmbH Dortmund

AUSLAND

Weiterverarbeitung

Schwinn Sàrl Hénin-Beaumont (Pas de Calais/Frankreich)

Hoesch Argentina SAlYC Buenos Aires (Argentinien)

Hoesch Scripelliti SA Indústria de Molas São Paulo (Brasilien)

Forjaria São Bernardo SA São Bernardo do Campo (Brasilien)

Suspensiones Automotrices SA Tlalnepantla (Mexiko)

Lesjöfors AB Lesjöfors (Schweden)

Rotek Incorporated Ravenna (Ohio, USA)

Handel

Hoesch America Inc. Atlanta (Georgia, USA)

Hoesch Belgique SA Hoesch België NV Brüssel (Belgien)

Hoesch France Sàrl Paris (Frankreich)

Hoesch Handelsges. mbH Wien (Österreich)

Hoesch Italiana SpA Milano (Italien)

Hoesch Limited Morden (Surrey/Großbritannien)

Hoesch SA Madrid (Spanien)

Hoesch Zürich AG Zürich (Schweiz)

Nippon Roballo Comp. Ltd. Tokyo (Japan)

Roballo Engineering Company Ltd. London (Großbritannien)

Roballo France Sàrl Neuilly-sur-Seine (Frankreich)

Rothe Erde Italiana SpA Milano (Italien)

Rothe Erde-Schmiedag Ges. m. b. H. Wien (Österreich)

Titelseite: Lotte Hertling; Rückseite: Manfred Kampmann, beide Dortmund. Schwarzweißaufnahmen: Emil Ahring, Helmut Hering, Lotte Hertling, Hans-Joachim Janke, Manfred Kampmann, Erich Kreuzner, Erhard Pankau, Robert Sack, Günter Steininger, Anni Wölk, Gustav Adolf Wüstenfeld, alle Dortmund; Pressestelle LKAB, Schweden; und Werks- und Privatfotos. Zeichnungen: Karl-Heinz Jahn, Dortmund.

FOTO WETTBEWERB

Tiere

- Alfred Süß
Hoesch Hüttenwerke AG
- Manfred Oshowski
Hoesch Hüttenwerke AG
- Franz Behler
Hoesch Hüttenwerke AG
- Dieter Pluta
Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG
- Heinz J. Flum
Hoesch Packband GmbH
- Norbert Busley
Mathematischer Beratungs- und Programmierungsdienst GmbH

Für den Fotowettbewerb können unsere Belegschaftsmitglieder und Pensionäre bis zum 3. März Fotos zu dem Thema „Wohnungen, Behausungen“ und bis zum 3. April Fotos zu dem Thema „Kinder sehen dich an“ einreichen.

WERK UND WIR Fotowettbewerb '75

Januar Mein Lieblingsbild 1974

Februar ■ Tiere

März Strukturen

April Wohnungen, Behausungen

Mai Kinder sehen dich an

Juni Industrieaufnahmen

Juli Blumen

August Wasser und Wolken

September Aus meinem Garten

Oktober Im Urlaub

November Masken

Dezember Menschen

Für jedes veröffentlichte Bild erhält der Einsender eine Prämie von vierzig Mark. Die eingereichten Bilder sollen – um eine gute Wiedergabe im Druck zu ermöglichen – möglichst nicht zu klein und auf weißem Hochglanzpapier vergrößert sein. Bitte vergessen Sie nicht, auf jedem Bild Ihren Namen, Ihre Anschrift und das Werk, in dem Sie beschäftigt sind, anzugeben. Unsere Anschrift lautet: Fotowettbewerb WERK UND WIR, Hoesch Werke AG, 46 Dortmund, Eberhardstraße 12.

WERK
und
WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Werke Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Werke Aktiengesellschaft Dortmund ● Verantwortlich für WERK UND WIR

Hoesch Werke Aktiengesellschaft: Walter Hölkeskamp ● Verantwortlicher Redakteur: Erhard Jahn. Redaktion: Annemarie Stenderhoff ● Grafische Gestaltung: Jutta von Wolff ● Anschrift der Redaktion: Dortmund, Bornstraße 166, Telefon 84 41, Fernschreiber 08 22 294/08 22 123 ● Druck: W. Girardet, Essen ● Verantwortlich für WERK UND WIR, Ausgabe HÜTTENWERKE, Seiten 17–32, Dr. Günter Sieber ● Redaktion: Dipl.-Kfm. Josef Lüftner (verantwortlich) und Alex Forster ● Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12, Telefon 8441, Fernschreiber 0822123/0822294 ● Druck: Westfalendruck Dortmund ● WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.





402
LUDWIG-OFAG-INDUCAS

417
LUDWIG-OFAG-INDUCAS

475

477

Worker